

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1999

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

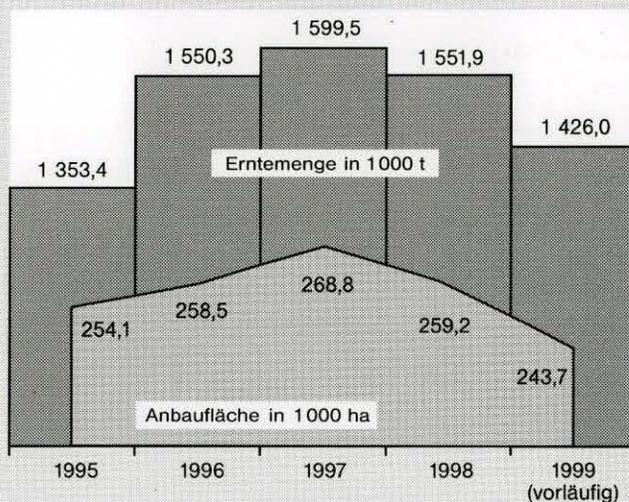
September

Oktober

November

Dezember

Erntemenge und Anbaufläche von Getreide 1995 bis 1999



Inhalt

Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen	231	Da die Versorgungsleistungen in den öffentlichen Haushalten zum Teil ein beträchtliches Gewicht besitzen, sind Informationen über die Struktur der 34 428 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes und der Kommunen von erheblichem Interesse. Während die Zahl der Pensionäre moderat ansteigt, wachsen die Versorgungsausgaben überproportional.
AGRA – ein neues Verfahren zur Aufbereitung agrarstatistischer Erhebungen	237	1997 wurde das Aufbereitungsverfahren AGRA in die Agrarstatistik eingeführt, das auch zur Aufbereitung der Landwirtschaftszählung 1999 verwendet wird. Gegenüber dem bisherigen Verfahren bietet es viele Vorteile, die nicht zuletzt zur Beschleunigung der Ergebniserstellung beitragen.
Das Erntejahr 1999	241	Der Überblick über den Verlauf des Erntejahres und die Höhe der Ernten von Feldfrüchten, Obst, Gemüse und Weinmost beruht auf den bis Mitte Oktober vorliegenden Ergebnissen aus den Erntermittlungen. Insgesamt bescherte das Erntejahr 1999 überwiegend gute Naturalerträge.
Aufgaben und Stellung der Erhebungsbeauftragten beim Mikrozensus	247	Beim Mikrozensus, einer Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, werden zur Befragung der nach einem Zufallssystem ausgewählten Haushalte ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte eingesetzt. Diese Erhebungsmethode hat sich seit über 40 Jahren bewährt.
Anhang	81*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Versorgungsausgaben für ehemalige Landesbedienstete stärker gestiegen als die gesamten Personalausgaben

Am 1. Januar 1999 versorgte das Land 28 856 Pensionäre und deren Hinterbliebene. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden einschließlich der Zweckverbände umfasste der Kreis der Versorgungsempfänger 5 572 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl beim Land um 1,2 % und bei den Kommunen um lediglich 0,1 % erhöht. Das Land gab im Jahr 1998 für die Versorgung seiner ehemaligen Beschäftigten 1 537 Mill. DM aus, davon entfielen auf die Beamten und Richter 1 508 Mill. DM. Im Jahr 1989 waren es noch 993 Mill. DM gewesen. Dies bedeutet eine Steigerung um 55 %, die zu einem großen Teil aus der Erhöhung der Bezüge resultiert. Damit sind die Versorgungsausgaben stärker gestiegen als die Dienstbezüge für die aktiven Beamten und Richter, die um 42 % anwuchsen, und die Personalausgaben insgesamt, die sich um 41 % erhöhten.

Im Durchschnitt erhielt jeder Pensionär vom Land im Januar 1999 Versorgungsbezüge in Höhe von 5 030 DM, 1,4 % mehr als im Januar des Vorjahres. Hierbei handelt es sich um Bruttobezüge, die weitestgehend steuerpflichtig sind. Daneben muss der Pensionär hieraus seine Beiträge zur Krankenversicherung bestreiten. Frauen bekamen im Schnitt ein niedrigeres Ruhegehalt, nämlich 4 680 DM, weil sie einerseits weniger Dienstjahre haben und andererseits in den unteren Besoldungsgruppen der jeweiligen Laufbahnen überrepräsentiert sind. Die Hinterbliebenen bezogen Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von durchschnittlich 2 710 DM.

Die kommunalen Pensionäre bezogen im Januar 1999 ein – überwiegend – steuerpflichtiges Ruhegehalt in Höhe von 4 460 DM im Schnitt. Das Witwen- oder Witwergeld belief sich auf 2 380 DM. Frauen konnten mit 3 580 DM im Durchschnitt wiederum nur über ein wesentlich niedrigeres Ruhegehalt verfügen. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 231.

Neues Aufbereitungsverfahren für die Landwirtschaftszählung 1999

Die Agrarberichterstattung wurde 1997 erstmals mit dem neuen Aufbereitungsverfahren für die Agrarstatistik (AGRA) aufbereitet. Da AGRA die Erwartungen an eine schnellere und einfachere Aufbereitung erfüllt hat, wird das Verfahren bei der Anfang Mai 1999 durchgeführten Landwirtschaftszählung eingesetzt. Gegenüber dem früheren Aufbereitungsverfahren werden durch

AGRA die Zahl der einzusetzenden Programme, die hierfür erforderlichen „Arbeitsgänge“ und die Zahl der an das Statistische Bundesamt zu liefernden Dateien drastisch verringert.

Die Fachabteilung verfügt mit AGRA über ein modernes Softwarepaket, mit dem sie dezentral die einzelnen maschinellen Arbeitsgänge, wie z.B. das Starten des Plausibilitätsprogramms, steuern kann. Für Funktionen, die häufig benötigt werden, wie z. B. die Dateneingabe über ein Terminal und die Bearbeitung der Plausibilitätsfehler, ist der Onlinebetrieb vorgesehen. Mit Hilfe des Batchverfahrens wird dagegen das Laden der Daten, die über die klassische Datenerfassung bzw. die Belegung auf einen Datenträger gebracht wurden, durchgeführt. Die Aufbereitung der Landwirtschaftszählung 1999 wird mit AGRA zügig abgewickelt werden können. Es wird so möglich sein, bereits für den Agrarbericht 2000 der Bundesregierung, der voraussichtlich im Januar oder Februar 2000 erscheint, erste Ergebnisse zur Landwirtschaftszählung 1999 zur Verfügung zu stellen. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 237.

Hohe Erträge und niedrige Markterlöse bei fast allen Kulturen

Nach dem verregneten Herbst 1998 bescherten ein milder Winter sowie ein Frühjahr und Sommer mit reichlich Sonnenschein und größtenteils ausreichenden Niederschlägen günstige Bedingungen für hohe Erträge bei den meisten Kulturarten.

Trotz überdurchschnittlicher Flächenleistungen ist die Getreideernte mit 1,43 Mill. t um 8 % niedriger ausgefallen. Ursache war die Einschränkung des Getreideanbaus sowie eine Anbauverschiebung zugunsten des ertragsschwächeren Sommergetreides. Eine Ausdehnung der Anbauflächen und sehr gute Erträge haben beim Winterraps zu einer um 18 % höheren Ernte geführt. Bei Kartoffeln entfallen fast 40 % der diesjährigen Ernte von rund 320 000 t auf frühe Sorten. Mit überdurchschnittlichen und gegenüber dem Vorjahr etwas höheren Flächenleistungen liegt die Frühkartoffelerzeugung um 17 % höher als 1998. Das Aufkommen an mittelfrühen und späten Kartoffeln unterschreitet trotz des überdurchschnittlichen Ertrages von 33 dt/ha die Vorjahresmenge aufgrund eines Anbaurückgangs um 6 %.

Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau hat sich im vergangenen Jahrzehnt nahezu verdoppelt. Mit 13 300 ha, knapp 5 % mehr als im Vorjahr, wurde 1999 so viel Gemüse im Freiland angebaut wie noch nie. Weit mehr als die Hälfte der gesamten Gemüseanbaufläche war

kurz + aktuell

Möhren, Radieschen, Blumenkohl, Kopfsalat, Speisezwiebeln und Spargel vorbehalten. Bei den meisten Gemüsearten sind gute und überdurchschnittliche Erträge zu verzeichnen. Bedingt durch die zudem größeren Anbauflächen ist insgesamt mit einer höheren Gemüseernte zu rechnen.

Der Obstbau blieb in diesem Jahr von größeren Frostschäden während der Blüte weitgehend verschont. Die Kirschenenernte ist deutlich höher ausgefallen als 1998. Bei Süßkirschen wurden im Marktobstbau zwei Drittel mehr geerntet als im letzten Jahr und bei Sauerkirschen ist die Erntemenge gegenüber dem Vorjahr sogar um 90 % höher ausgefallen. Die Ertragsschätzungen für Pflaumen und Zwetschen lagen um 44 % über dem Vorjahresergebnis und damit auch über dem Sechsjahresdurchschnitt. Auch bei Äpfeln und Birnen lagen die Mitte Oktober absehbaren Baumerträge höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Bei Weinmost wird die größte Ernte seit 1992 erwartet. Nach der Schätzung von Ende September, die möglicherweise bei der endgültigen Feststellung der Erntemenge noch nach oben korrigiert werden könnte, ist mit einer voraussichtlichen Erntemenge von knapp 8 Mill. hl zu rechnen. Damit würde das Vorjahresergebnis um 10 % überschritten. Für eine hohe Qualität der Ernte bestehen ebenfalls günstige Aussichten. po

Mehr über dieses Thema auf Seite 241.

Aufgaben und Stellung der Erhebungsbeauftragten beim Mikrozensus

Im Bereich der amtlichen Statistik hat der Mikrozensus bereits seit 1957 als laufende Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt einen hohen Stellenwert, da er kontinuierlich aktuelle Daten über die Erwerbs- und Sozialstruktur der Bevölkerung bereitstellt. Der Mikrozensus wird jährlich im gesamten Bundesgebiet als Haushaltsbefragung auf der Grundlage eines mathematisch-statistischen Zufallsverfahrens durchgeführt.

Rechtsgrundlage des Mikrozensus ist das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz) vom 17. Dezember 1996 (BGBl. I S. 34).

Der Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern, die die Befragung in den ausgewählten Bezirken weitgehend selbstständig nach methodischen Vorgaben des Statistischen Landesamtes durchführen, hat sich bewährt.

Die als ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte tätigen Mitarbeiter werden vor ihrem Einsatz über ihre Pflichten – insbesondere zur Wahrung des Statistikgeheimnisses – förmlich belehrt. Jährlich finden landesweit Schulungsveranstaltungen statt, bei denen die sorgfältig ausgewählten Interviewerinnen und Interviewer auf die bevorstehenden Befragungen vorbereitet werden.

Sie informieren und betreuen die Haushalte vor Ort, übernehmen das Ausfüllen der Erhebungsbogen und sind Ansprechpartner bei auftretenden Fragen. Daneben haben sie umfangreiche organisatorische Aufgaben zu übernehmen. Nach Durchführung der Erhebung in den Monaten Mai und Juni werden die ausgefüllten Erhebungsunterlagen von ihnen zusammengestellt und dem Statistischen Landesamt zur abschließenden Bearbeitung und maschinellen Aufbereitung übersandt.

Bei den meisten Erhebungsbeauftragten handelt es sich um langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die ehrenamtliche Aufgabe neben ihrem Hauptberuf ausüben. Rund ein Drittel sind Hausfrauen, Rentner, Schüler oder Studenten. Für ihre Tätigkeit erhalten sie eine steuerfreie Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 247.

Büroberufe häufigste Erwerbstätigkeit

Die Büroberufe waren 1998 die mit Abstand am häufigsten ausgeübten Berufe. Von den rund 1,75 Mill. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz arbeitete mit knapp 220 000 Beschäftigten nahezu jeder Achte in diesem Bereich. Die zweitgrößte Gruppe bildeten die Gesundheitsberufe (von der Krankenschwester bis zum Chefarzt) mit 109 000 Frauen und Männern (6,2 %). Auf der dritten Position befanden sich knapp 80 000 Erwerbstätige (4,5 %), die als Verkäuferin oder Verkäufer ihr Einkommen erzielten. Auf Platz vier der Rangliste fanden sich mit 59 000 (3,4 %) die Erwerbstätigen der Verkehrsberufe wieder. Fünfter in der Beliebtheitskala wurden mit 57 000 (3,3 %) die Kaufleute. Mit 3,1 % bzw. 55 000 Erwerbstätigen landete das Personal des Bereichs Unternehmensleitung und -beratung auf dem sechsten Rang. Die ersten elf Berufsarten stammen durchweg aus dem Dienstleistungsbereich. Erst auf dem zwölften Rang steht mit 43 000 Erwerbstätigen der Elektroberufe (2,5 %) eine Gruppe aus den Fertigungsberufen. Schlusslicht unter den 20 häufigsten Berufsgruppen bilden mit knapp 27 000 Beschäftigten (1,5 %) die Fahr- und Flugzeugbauer. er

Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen

Das Finanz- und Personalstatistikgesetz schreibt neben den Personalstandstatistiken besondere Erhebungen über die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen vor. Da die Versorgungsleistungen in den öffentlichen Haushalten zum Teil ein beträchtliches Gewicht besitzen, sind Informationen über die Struktur der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von erheblichem Interesse. Als Versorgungsempfängerinnen und -empfänger gelten dabei alle Personen, deren Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen festgesetzt sind. Hierzu rechnen auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten (ehemalige Angehörige des öffentlichen Dienstes nach Artikel 131 GG). Die Erhebung wird jährlich zum 1. Januar durchgeführt, wobei die Zu- und Abgänge für das jeweils vorangegangene Jahr ebenfalls erfasst werden.

Zahl der Pensionäre steigt

Am 1. Januar 1999 versorgten das Land 28 856 Personen und die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Zweckverbände 5 572 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl beim Land um 1,2 % und bei den Kommunen um lediglich 0,1 % erhöht. Erst im längerfristigen Vergleich zeigt sich die stetige Zunahme. Verglichen mit dem Stand von 1989 errechnet sich beim Land ein deutlicher Zuwachs um 14 % und bei den Kommunen um 7 %. Darüber hinaus gab es am 1. Januar 1999 noch 4 166 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nach Artikel 131 des Grundgesetzes, deren Versorgungsbezüge der Bund trägt. Ihre Zahl ist rückläufig. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um Witwen ehemaliger Soldaten und Führer des Reichsarbeitsdienstes.

Aus dem aktiven Dienst schieden im Jahr 1998 insgesamt 1 314 Landesbedienstete aus, die als Versorgungsfall registriert wurden, darunter 342 Frauen. Fast die Hälfte von ihnen musste vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit aufhören, und zwar mit 20 % die meisten im Alter von 55 bis 60 Jahren. Dienstunfähig wurden darüber

hinaus 13 % der jüngeren Beschäftigten, unwesentlich mehr waren es bei den älteren mit 14 %. Insbesondere im Schuldienst und im Vollzugsdienst wurden viele Bedienstete vorzeitig zu Pensionären. Nach dem 62. Lebensjahr beendeten 24 % ihre Berufstätigkeit und mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze schieden 7 % aus. Weitere 6 % wurden wegen einer Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr zum Pensionär.

Frauen im Landesdienst mussten wesentlich häufiger als Männer wegen Dienstunfähigkeit ihre Berufstätigkeit aufgeben. Bei ihnen war in nahezu zwei Drittel der Fälle die Dienstunfähigkeit der Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, der zu 26 % im Alter von 55 bis 60 Jahren attestiert wurde. Jünger waren 22 %, ein höheres Lebensalter hatten 17 %.

Im Kommunalbereich zeigten sich hinsichtlich der Pensionierungsgründe einige Abweichungen. Der Anteil der wegen Dienstunfähigkeit Pensionierten war etwas geringer als im Landesdienst, während die Quote für die nach dem 62. Lebensjahr Ausscheidenden etwas höher lag. Bei den Frauen dagegen war Dienstunfähigkeit der alleinige Grund für die Pensionierung, denn keine blieb bis zum Erreichen der Altersgrenze im Dienst.

Überproportionaler Anstieg der Versorgungsausgaben

Das Land gab im Jahr 1998 für die Versorgung seiner ehemaligen Beschäftigten 1 537 Mill. DM aus, davon entfielen auf die Beamten und Richter 1 508 Mill. DM. Im Jahr 1989 waren es noch 993 Mill. DM gewesen. Dies bedeutet eine Steigerung um 55 %, die größtenteils aus der Erhöhung der Bezüge resultiert. Damit sind die Versorgungsausgaben stärker gestiegen als die Dienstbezüge für die aktiven Beamten und Richter, die um 42 % anwuchsen, und die Personalausgaben insgesamt, die sich um 41 % erhöhten.

Die gleiche Entwicklung ist auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden festzustellen. Sie wandten im Jahr 1998 für die Versorgung 326 Mill. DM auf, im Jahr 1989 waren es 216 Mill. DM. Mit 51 % war der Zuwachs zwar geringer als beim Land, die Personalausgaben insgesamt expandierten mit 46 % dagegen stärker.

Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände¹⁾ am 1. Januar 1999 nach Art und Rechtsgrundlage der Versorgung, Geschlecht und Art des früheren Dienstverhältnisses

Art des früheren Dienstverhältnisses	Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen				Darunter Empfängerinnen von Versorgungsbezügen		
	insgesamt	davon mit . . .			zusammen	darunter mit . . .	
		Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld		Ruhegehalt	Witwergeld
Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen des Landes							
nach Beamtenversorgungsrecht							
Beamter/Beamtin und Richter/Richterin							
höherer Dienst	8 158	5 410	2 401	347	3 536	1 007	2 354
gehobener Dienst	14 484	9 711	4 238	535	7 646	3 355	4 031
mittlerer Dienst	5 628	2 730	2 692	206	2 861	63	2 685
einfacher Dienst	500	257	238	5	239	–	238
sonstige	4	4	–	–	–	–	–
Zusammen	28 774	18 112	9 569	1 093	14 282	4 425	9 308
nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Bezieher von Amtsbezügen	21	16	5	–	6	1	5
Angestellter/Angestellte und Arbeiter/Arbeiterin	61	15	46	–	46	–	46
Zusammen	82	31	51	–	52	1	51
nach Kapitel I G 131							
Beamter/Beamtin	704	62	624	18	642	8	623
Soldat/Soldatin und Führer/Führerin des Reichsarbeitsdienstes	3 432	710	2 689	33	2 712	1	2 689
Angestellter/Angestellte und Arbeiter/Arbeiterin	30	2	27	1	28	1	27
Zusammen	4 166	774	3 340	52	3 382	10	3 339
Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der Gemeinden und Gemeindeverbände¹⁾							
nach Beamtenversorgungsrecht							
Beamter/Beamtin							
höherer Dienst	975	615	344	16	364	12	343
gehobener Dienst	3 058	1 777	1 195	86	1 345	108	1 187
mittlerer Dienst	1 123	680	423	20	449	16	422
einfacher Dienst	297	123	166	8	170	–	166
sonstige	37	25	12	–	26	14	12
Zusammen	5 490	3 220	2 140	130	2 354	150	2 130
nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Angestellter/Angestellte und Arbeiter/Arbeiterin	82	27	54	1	65	10	54

1) Einschließlich kommunale Zweckverbände.

Frauenanteil bei 50 %

Eine Versorgung nach dem Beamtenversorgungsrecht erhielten vom Land 28 774 Personen, die im Vordergrund der folgenden Betrachtung stehen. Weitere 82 Personen – bei ihnen handelt es sich um die Bezieher von Amtsbezügen und um Angestellte oder Arbeiterinnen bzw. Arbeiter – wurden nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgt. Beamte und Richter, die nach ihrer aktiven Dienstzeit Altersruhegeld beziehen, waren die größte Gruppe der Leistungsbezieher. Von den Versorgungsempfängern erhielten 63 % ein Ruhegehalt, als Hinterbliebene bekamen 33 % ein Witwen- bzw. Witwergeld und 4 % ein Waisengeld.

Nahezu die Hälfte der Versorgungsempfänger waren Frauen, von denen 65 % ein Witwengeld und lediglich 31 % ein Ruhegehalt bezogen. Umgekehrt war die Relation bei den Männern. Sie bezogen überwiegend, nämlich in 94 % der Fälle, Ruhegehalt und nur 2 % waren als Hinterbliebene Empfänger von Witwergeld. Die größere Zahl von Witwen im Vergleich zu Witwern ist neben der höheren Lebenserwartung von Frauen im Wesentlichen Ergebnis des hohen Männeranteils bei den Landesbediensteten. Im Jahr 1960 waren erst 10 % der Beamten Frauen. Im Zuge der auch politisch gewollten Entwicklung zu einem höheren Frauenanteil im öffentlichen Dienst hat sich die Quote bis 1998 auf 37 % erhöht. Zukünftig wird sich deshalb wohl die Relation bei der

Versorgung zugunsten der Empfängerinnen von Ruhegehalt und damit in gewissem Umfang auch der Witwer verändern.

Entsprechend der Beschäftigungsstruktur des Landespersonals erhielten 50% der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine Versorgung nach den Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes, 28% nach den Besoldungsgruppen des höheren Dienstes, 20% nach den Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes und 2% nach den Besoldungsgruppen des einfachen Dienstes. Bei den Ruhegehaltsempfängern gab es zwischen den Geschlechtern große Unterschiede in der Zuordnung zu den Laufbahngruppen. 32% der männlichen Ruhegehaltsempfänger gehörten während ihrer aktiven Dienstzeit zum höheren Dienst, 46% waren im gehobenen Dienst und 19% im mittleren Dienst. Bei den Pensionärinnen wurde in 23% der Fälle das Ruhegehalt nach Besoldungsgruppen des höheren Dienstes berechnet, für 76% war der gehobene Dienst und für 1% der mittlere Dienst relevant.

Ruhegehaltssatz erreichte 72,7%

Die Höhe der Versorgungsbezüge richtet sich nach den ruhegehaltstfähigen Dienstbezügen, das ist in der Regel das zum Schluss der Berufstätigkeit bezogene Gehalt, und der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit, das ist in

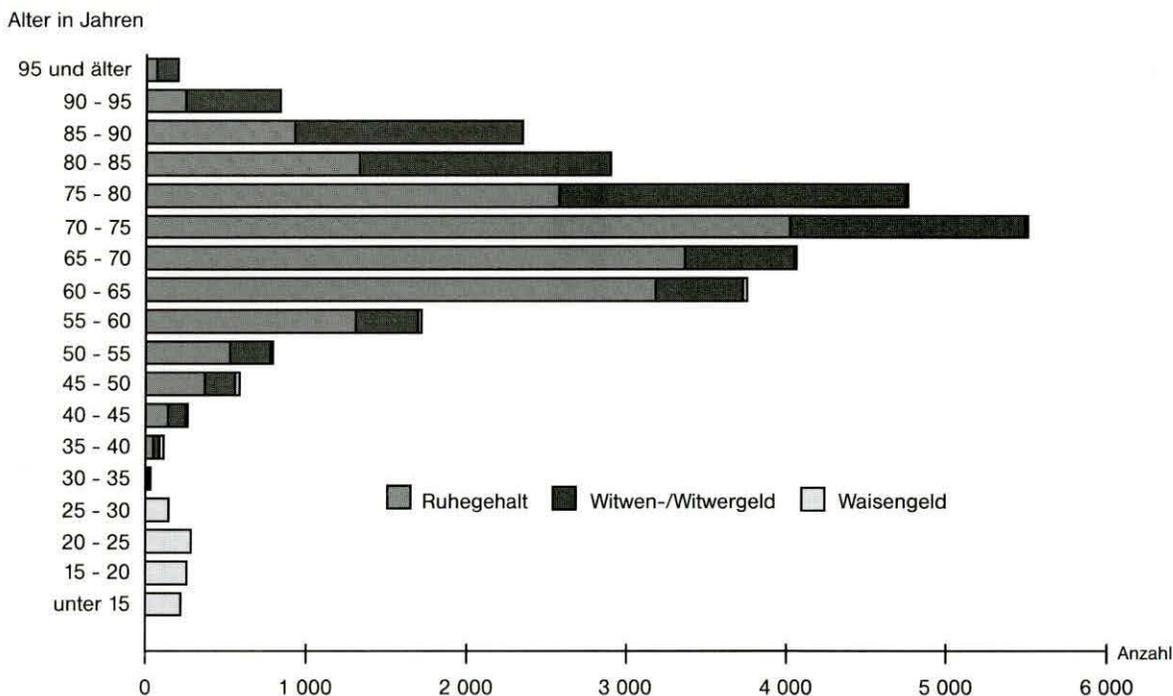
der Regel die Zeit seit dem Tag der Berufung in das Beamtenverhältnis. Für jedes ruhegehaltstfähige Dienstjahr erhöht sich das Ruhegehalt um einen bestimmten Hundertsatz der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge, insgesamt beträgt es jedoch höchstens 75%.

Beim Ruhegehalt belief sich der durchschnittliche Ruhegehaltssatz am 1. Januar 1999 bei den nach dem Beamtenversorgungsrecht vom Land Versorgten auf 72,7%. Er ist seit Jahren rückläufig. Der höchste Ruhegehaltssatz wurde im höheren Dienst mit 74% erreicht, im gehobenen und mittleren Dienst lag er bei 72,3% und im einfachen Dienst betrug er 68,3%. Bei Frauen lag der Ruhegehaltssatz um durchschnittlich 3,5 Prozentpunkte niedriger, was wohl auf die kürzere ruhegehaltstfähige Dienstzeit als Folge der Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub zurückzuführen ist.

Durchschnittspension über 5 000 DM brutto

Im Durchschnitt erhielt jeder Pensionär vom Land im Januar 1999 Versorgungsbezüge in Höhe von 5030 DM, 1,4% mehr als im Januar des Vorjahres. Hierbei handelt es sich um Bruttobezüge, die weitestgehend steuerpflichtig sind. Daneben muss der Pensionär hieraus seine Beiträge zur Krankenversicherung bestreiten. Frauen bekamen im Schnitt ein niedrigeres Ruhegehalt, nämlich 4 680 DM, weil sie einerseits weniger Dienst-

Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen¹⁾ des Landes am 1. Januar 1999 nach Art der Versorgung und Altersgruppen



1) Nur Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Bezüge nach Beamtenversorgungsrecht ermittelt werden.

jahre haben und andererseits in den unteren Besoldungsgruppen der jeweiligen Laufbahnen überrepräsentiert sind. Die Hinterbliebenen bezogen Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von durchschnittlich 2 710 DM.

Weil die Versorgungsbezüge das Gehaltsgefüge im öffentlichen Dienst widerspiegeln, erhielten im Januar 1999 die Pensionäre im höheren Dienst mit 6 550 DM das höchste Ruhegehalt, gefolgt von jenen im gehobenen Dienst mit 4 720 DM, im mittleren Dienst mit 3 360 DM und im einfachen Dienst mit 2 190 DM. Die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Ruhegehaltsempfängern wurde im aktiven Dienst nach A 12 besoldet; sie stellte einen Anteil von 26 % und bekam im Durchschnitt eine Pension in Höhe von 4 490 DM. Knapp 11 % der Ruhegehaltsempfänger schieden aus den Besoldungsgruppen A 15, R 1, C 2 oder H 2 aus und verfügten damit im Schnitt über 6 500 DM. Weitere 10 % erreichten als letztes Besoldungsamt A 14, C 1 oder H 1 und damit ein Ruhegehalt von 5 470 DM im Januar 1999.

Ruhegehaltsempfängerinnen häufig in unteren Altersgruppen vertreten

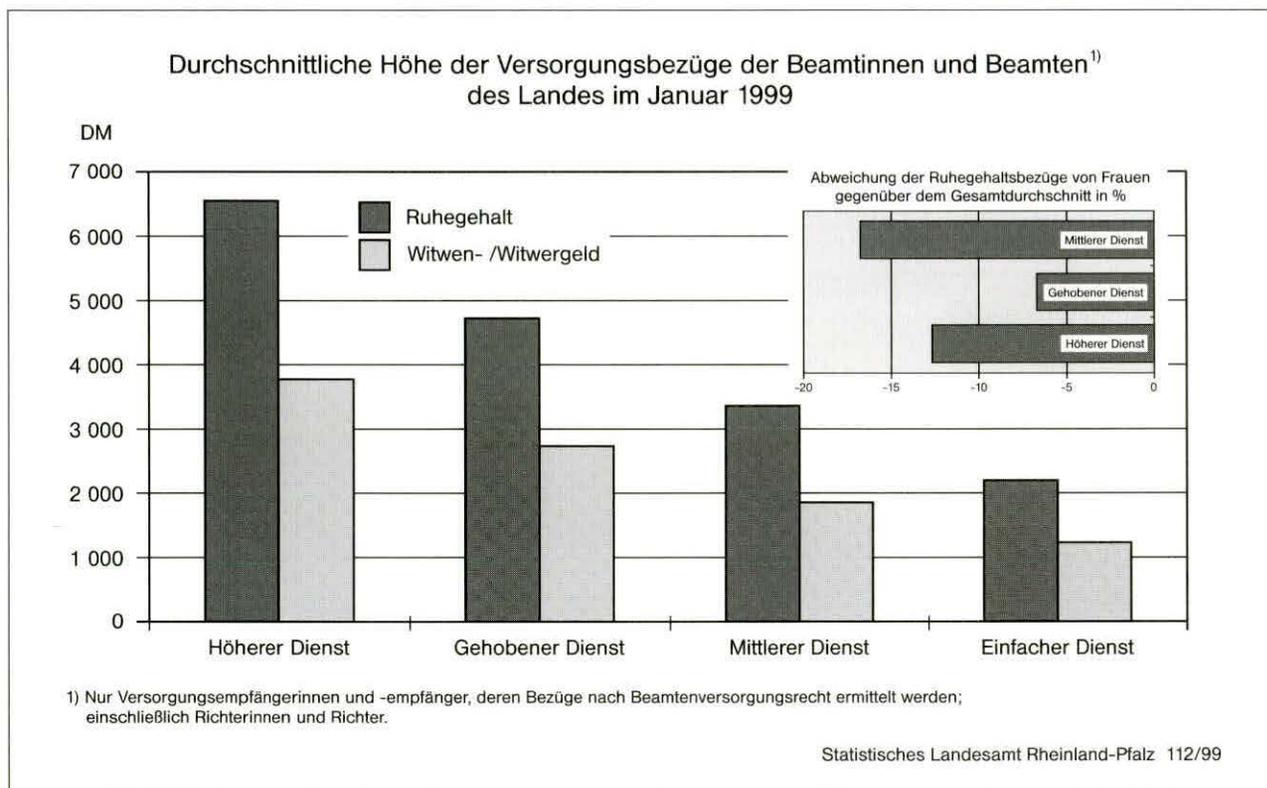
Die meisten Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger des Landes, nämlich 22 %, waren zwischen 70 und 75 Jahre alt. Weitere 19 % befanden sich in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen und 18 % waren 60 bis 65 Jahre alt. Jünger als 60 Jahre waren lediglich 13 %. Bei ihnen führte Dienstunfähigkeit, Schwerbehinderung oder das Erreichen besonderer Altersgrenzen, zum Beispiel im Vollzugsdienst, zum Bezug von Ruhegehalt. Aber auch die höheren Altersgruppen waren noch recht stark besetzt. 14 % der Ruhegehaltsempfänger waren zwischen 75 und 80 Jahre alt, ebenfalls 14 %

waren noch älter. Deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigten sich insbesondere in den jüngeren Altersgruppen. So war der Anteil der Empfängerinnen von Ruhegehalt in den Altersgruppen unter 60 Jahren doppelt so hoch wie der Anteil bei den Männern. Auch in der Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen waren Frauen relativ stärker vertreten als Männer. Erst in den oberen Altersgruppen überwogen die Männer.

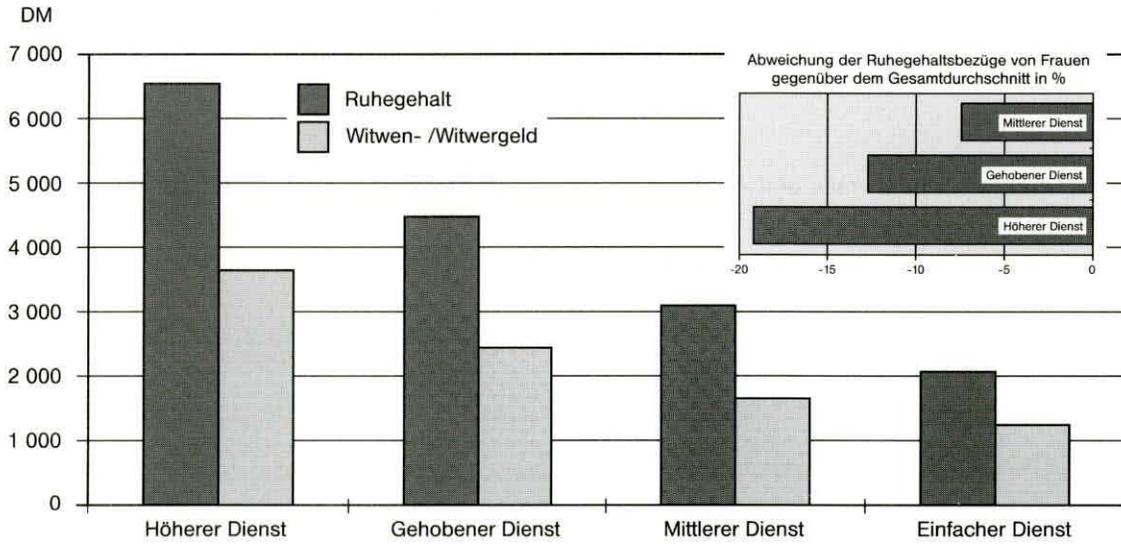
Die Altersstruktur der Bezieher von Witwen- und Witwergeld weicht davon erheblich ab, denn hier ist eine deutliche Konzentration in den oberen Altersgruppen feststellbar. Während bei den Ruhegehaltsempfängern die Altersgruppen der 60- bis 80-Jährigen am stärksten besetzt waren, dominierten hier die 70- bis 90-Jährigen. Jünger waren 23 %, ein höheres Lebensalter hatten fast 8 %. Diese Struktur wird maßgeblich durch die Empfängerinnen von Witwengeld geprägt. Völlig anders war die Altersverteilung der Witwer, denn hier lag das Schwergewicht auf den unteren Altersgruppen. Die Hälfte der Witwer war noch keine 60 Jahre alt, wobei die meisten, fast 22 %, im Alter zwischen 55 und 60 Jahren standen.

5 572 kommunale Versorgungsempfänger

Die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der kommunalen Zweckverbände versorgten am 1. Januar 1999 insgesamt 5 572 Personen. Darunter befanden sich 82 Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter, die nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgt wurden. Von den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern bezogen 59 % ein Ruhegehalt sowie als Hinterbliebene 39 % ein Witwen- bzw. Witwergeld und 2 % ein Waisengeld. Der Frauenanteil, der sich auf 43 % belief, war deutlich niedriger als beim Land. Das



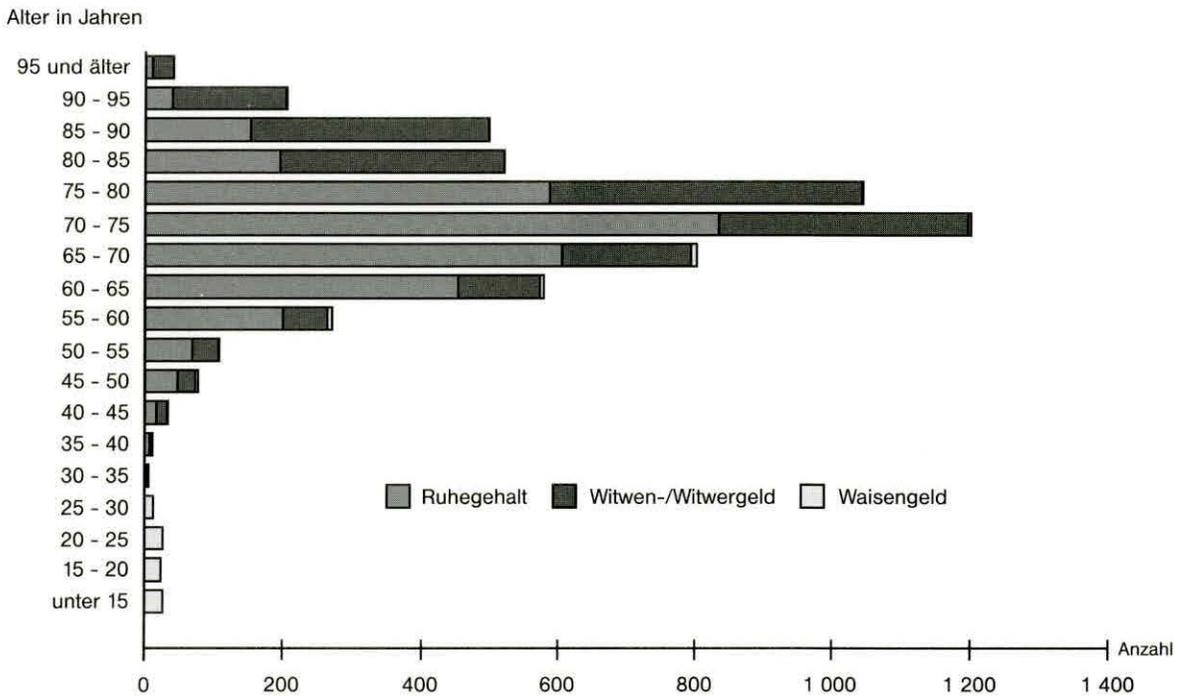
Durchschnittliche Höhe der Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten¹⁾
der Gemeinden und Gemeindeverbände²⁾ im Januar 1999



1) Nur Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Bezüge nach Beamtenversorgungsrecht ermittelt werden.
2) Einschließlich kommunale Zweckverbände.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 113/99

Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen¹⁾ der Gemeinden und Gemeindeverbände²⁾ am 1. Januar 1999 nach Art der Versorgung und Altersgruppen



1) Nur Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Bezüge nach Beamtenversorgungsrecht ermittelt werden.
2) Einschließlich kommunale Zweckverbände.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 111/99

gleiche galt für den Frauenanteil unter den Ruhegehaltsempfängern, der bei 5 % lag. Umgekehrt waren im kommunalen Bereich die Bezieher von Witwengeld stärker vertreten.

Auch bei der Verteilung auf die einzelnen Laufbahngruppen zeigten sich deutliche Unterschiede. Insbesondere der gehobene Dienst mit 56 % und der einfache Dienst mit 5 % waren stärker besetzt, während der höhere Dienst mit 18 % erheblich schwächer vertreten war.

Die Hälfte der kommunalen Ruhegehaltsempfänger erhielt zwischen 4 000 und 5 100 DM brutto

Im Durchschnitt erreichten auch die Kommunalbeamten, die nach dem Beamtenversorgungsrecht versorgt wurden, einen Ruhegehaltssatz von 72,7 %. Der höchste Wert wurde im gehobenen Dienst mit 74 % erreicht, gefolgt vom höheren und mittleren Dienst mit jeweils 72,5 % und dem einfachen Dienst mit 69,5 %. Frauen erwarben sich einen Ruhegehaltssatz, der im Schnitt um 8,9 Prozentpunkte darunter lag. Dies ist eine Folge der kürzeren ruhegehaltstfähigen Dienstzeit.

Die kommunalen Pensionäre bezogen im Januar 1999 ein überwiegend steuerpflichtiges Ruhegehalt in Höhe von durchschnittlich 4 460 DM. Das Witwen- oder Witwengeld belief sich auf 2 380 DM. Frauen konnten mit 3 580 DM im Durchschnitt nur über ein wesentlich niedrigeres Ruhegehalt verfügen, weil einerseits ihre ruhe-

gehaltstfähigen Dienstzeiten kürzer waren und sie andererseits in den jeweils unteren Besoldungsgruppen überdurchschnittlich vertreten sind.

Die Hälfte der Ruhegehaltsempfänger erhielt im Januar 1999 ein Ruhegehalt zwischen 4 020 DM und 5 100 DM, denn für 21 % war A 12 die versorgungsrelevante Besoldungsgruppe, mit 15 % war die Besoldungsgruppe A 13 „S“ und mit 14 % die Besoldungsgruppe A 11 besetzt. Von den Ruhegehaltsempfängerinnen bezogen dagegen mehr als zwei Drittel eine Pension zwischen 3 400 DM und 4 350 DM, hier war für 37 % die versorgungsrelevante Besoldungsgruppe A 11, für jeweils 15 % waren A 12 und A 10 maßgebend.

Größte Altersgruppe waren die 70- bis 75-Jährigen

Die Altersstruktur der kommunalen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zeigte kaum Unterschiede zum Landespersonal. Hier wie dort war erwartungsgemäß eine Konzentration auf die Altersgruppen von 60 bis 80 Jahren feststellbar. 26 % der Bezieher von Ruhegehalt waren zwischen 70 und 75 Jahre alt, 19 % hatten ein Lebensalter von 65 bis 70 Jahren und 18 % von 75 bis 80 Jahren. Ein höheres Lebensalter wiesen 12 % der Ruheständler auf. Bei den Bezieherinnen von Witwengeld waren die oberen Altersgruppen durchweg stärker besetzt. Hier lag das Schwergewicht zwischen 70 und 90 Jahren. Jünger waren 21 % und ein höheres Lebensalter hatten 9 % erreicht.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

AGRA – ein neues Verfahren zur Aufbereitung agrarstatistischer Erhebungen

Die statistischen Ämter von Bund und Ländern haben in den letzten Jahren erfolgreich den Aufwand sowohl für die Durchführung agrarstatistischer Erhebungen als auch für deren Aufbereitung verringert. Die Novellierung des Agrarstatistikgesetzes und die Einführung des Aufbereitungsverfahrens „Agrarstatistik“ zur Agrarberichterstattung 1997, kurz AGRA genannt, haben hierzu einen ganz entscheidenden Beitrag geleistet. Während über die Novellierung des Agrarstatistikgesetzes bereits ausführlich informiert wurde¹⁾, soll im vorliegenden Beitrag AGRA vorgestellt werden.

Weshalb wurde AGRA geschaffen?

Viehzählung und Bodennutzungshaupterhebung liefern jährlich Ergebnisse über die laufende Produktion in der Landwirtschaft, während die Agrarstrukturerhebung, die zwischenzeitlich an die Stelle der bisherigen Agrarberichterstattung getreten ist, mit ihrem zweijährigen Erhebungsturnus eine Darstellung des Strukturwandels in der Landwirtschaft ermöglicht. Die Ergebnisse werden für vielfältige agrarpolitische Zwecke, für die regionale Wirtschaftsförderung und vom Berufsstand selbst benötigt. Die Agrarstrukturerhebung ist so konzipiert, dass die Angaben der Betriebe über ihre Produktionsgrundlagen (Anbauflächen, Viehbestände) aus der Bodennutzungshaupterhebung bzw. Viehzählung übernommen und mit den im Rahmen der Agrarstrukturerhebung bei den Auskunftspflichtigen erhobenen Daten zusammengeführt werden. Die Aufbereitung dieser großen agrarstatistischen Erhebungen basierte bis 1995 auf Verfahren, die vor mehr als 20 Jahren entwickelt worden waren. Durch ständige Änderungen in den Merkmalprogrammen wurde die Aufbereitung im Laufe der Zeit immer komplexer. Dies führte letztendlich dazu, dass die Ergebnisse nicht mehr termingerecht erstellt werden konnten.

Da in dieser Zeit auch eine Anpassung an neue technische Möglichkeiten der EDV nicht erfolgte, konnten die statistischen Ämter die damit verbundenen Einsparpotentiale kaum nutzen. Um diese realisieren sowie die Ergebnisse wieder zeitnah veröffentlichen zu können, wurde im Rahmen des Programmierverbundes der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes ein neues Verfahren zur Aufbereitung der genannten Erhebungen geplant und sukzessive entwickelt. Das Verfahren erhielt den Namen AGRA und wurde mit der Entwicklungsumgebung ADABAS/NATURAL programmiert. AGRA ist für den Einsatz auf dem Großrechner entwickelt worden und ermöglicht der Fachabteilung nun mit Hilfe eines Dialogverfahrens die Bodennutzungshaupterhebung, die Viehzählung und die Agrarstrukturerhebung weitgehend ohne laufende Unterstützung der EDV-Abteilung aufzubereiten. Die

Fachabteilung führt jetzt dezentral – im Gegensatz zu dem früher üblichen Vorgehen – die einzelnen Arbeitsschritte selbständig und eigenverantwortlich durch.

Vor der Einführung von AGRA stellte die Einhaltung der Termine für die Bereitstellung der Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung sowie der Agrarstrukturerhebung ein großes Problem dar. Insbesondere auf die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung mussten die Konsumenten teilweise länger warten. Die wichtigsten Gründe hierfür sollen kurz aufgezeigt werden, denn so erst lässt sich die Leistungsfähigkeit von AGRA aufzeigen.

Die Erhebungen wurden bis 1995 mit jeweils eigenen Plausibilitäts- und Aufbereitungsprogrammen durchgeführt. Die technische Unterstützung erfolgte dabei ausschließlich zentral durch die EDV-Abteilung. Aufgrund der Anpassungen der Merkmalprogramme an den aktuellen Datenbedarf nahm im Laufe der Zeit die Zahl der Aufbereitungs- und Tabellenprogramme sowie die Zahl der Arbeitsgänge für das Starten und Überwachen der Programme immer mehr zu. Bei der Agrarberichterstattung 1991, die gemeinsam mit der Landwirtschaftszählung durchgeführt wurde, mussten etwa 160 Programme für die Aufbereitung eingesetzt werden, wofür rund 500 Arbeitsgänge erforderlich waren. Durch die Vielzahl an Arbeitsgängen kam es immer wieder dazu, dass versehentlich zunächst ein Aufbereitungsschritt übergangen wurde. Die Wiederholung der Arbeitsschritte ging natürlich zu Lasten der verbleibenden Aufbereitungszeit. Weil auch die Reihenfolge der Arbeitsschritte einzuhalten war, entstanden während der Erhebung immer wieder vermeidbare „Wartezeiten“.

Anforderungen an AGRA

Die zunehmenden Probleme bei der Aufbereitung der Erhebungen und das Bestreben, die Erhebungen rationeller zu bearbeiten, waren der Anlass ein neues Aufbereitungsverfahren zu konzipieren. Die wichtigsten Anforderungen, denen das neue Verfahren entsprechen sollte, waren:

- eine schnellere Aufbereitung der Erhebungen, um den Konsumenten zeitnah Ergebnisse liefern zu können sowie
- eine Verringerung des Personal- und Sachmitteleinsatzes.

Das Softwareprodukt selbst sollte übersichtlich, leicht steuerbar und bundeseinheitlich einsetzbar sein. Dazu gehörte natürlich auch eine hohe Sicherheit des Verfahrens. Wegen der heutigen Leistungsfähigkeit der Rechner und der Anwendungsfreundlichkeit der Software wünschten die Fachabteilungen eine dezentrale Aufbereitung. Sie wollten zukünftig mehr Einfluss auf die technische Durchführung der Erhebung bekommen.

1) Breitenfeld, Jörg: Das novellierte Gesetz über Agrarstatistiken, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11/98, S. 249 ff.

Die Anforderungen wurden bei der Konzeption von AGRA berücksichtigt. AGRA sieht vor, dass die Fachabteilung direkt mit Hilfe spezieller Bildschirmmasken die Programme für die Aufbereitung einsetzen kann. Die Aufgaben der EDV-Abteilung beschränken sich im Wesentlichen auf die Installation und die Bereitstellung der Programme sowie die Unterstützung der Fachabteilung bei technischen Problemen.

Das Konzept für AGRA wurde im Dezember 1994 vom Arbeitskreis Informationstechnik – dem Beschlussgremium für die Programmierung im Statistischen Verbund – und im Januar 1995 von den Fachreferenten der statistischen Landesämter gebilligt. Die Ausarbeitung der fachlichen Spezifikation und die technische Planung begannen anschließend. Obwohl nur wenig Zeit bis zur Durchführung der nächsten Agrarberichterstattung zur Verfügung stand, konnte AGRA bis zur Agrarberichterstattung 1997 fertig gestellt werden.

Welche Funktionen übernimmt AGRA ?

AGRA umfasst im Wesentlichen folgende Funktionalitäten:

- Eingabe und Änderung von einzelbetrieblichen Angaben über einen Bildschirm,
- Plausibilitätskontrolle der einzelbetrieblichen Angaben,
- Ansicht einzelbetrieblicher Daten aus früheren Erhebungen,
- Erstellung von Eckzahlen und Vorabergebnissen,
- Ermittlung von Hochrechnungsfaktoren,
- Berechnung von Standarddeckungsbeiträgen und Einordnung der Betriebe in die Betriebssystematik,
- Vergabe von Kennziffern z. B. für Größenklassen,
- Ausgabe der einzelbetrieblichen Daten über eine Schnittstelle.

Für Funktionen, die häufig benötigt werden, wie z. B. die Dateneingabe über ein Terminal und die Bearbeitung der Plausibilitätsfehler, ist der Onlinebetrieb vorgesehen. Mit Hilfe des Batchverfahrens wird dagegen das Laden der Daten, die über die klassische Datenerfassung bzw. die Belegung auf einen Datenträger gebracht wurden, durchgeführt. Die Berechnung der Standarddeckungsbeiträge oder die Erstellung von Eckzahlen erfolgen ebenso in der Batchbearbeitung. Auch an die Möglichkeit, dass eine Erhebung noch nicht abgeschlossen, aber bereits die nächste Erhebung durchzuführen ist, wurde gedacht. AGRA bietet die Möglichkeit mehrere Erhebungen parallel zu bearbeiten.

Flexibles Plausibilitätsprogramm

Die Plausibilitätsprüfungen und das Korrigieren der Daten nehmen einen wesentlichen Teil der Aufbereitungszeit für die Erhebungen in Anspruch. AGRA hat

hier die Arbeitsabläufe deutlich beschleunigt. Dies wird dadurch erreicht, dass jeder einzelne Fehlerschlüssel aktiviert oder deaktiviert werden kann. Der Vorteil dieser Möglichkeit ist, dass so der Umfang der Plausibilitätsprüfungen variabel gestaltbar ist. Aus zeitlichen Gründen ist es häufig erforderlich, für die Erstellung vorläufiger Ergebnisse bestimmte Bereiche, wie die Nutzung des Ackerlandes oder die Viehhaltung, vorab zu bearbeiten. Sobald die vorläufigen Ergebnisse erstellt worden sind, können die übrigen Angaben plausibilisiert werden.

Die Bearbeitung der Plausibilitätsfehler erfolgt direkt am Bildschirm. Die Bearbeiterin oder der Bearbeiter erhält in speziellen Bildschirmmasken, die dem Erhebungsbogen nachempfunden sind, die erfassten Angaben des Betriebes sowie die Fehlerschlüssel angezeigt. Mittels einer Hilfsfunktion kann die genaue Spezifizierung des Fehlers aufgerufen werden. Zur Unterstützung lassen sich auch die Angaben des Betriebes aus früheren Erhebungen anzeigen.

Sobald alle Plausibilitätsfehler des Betriebes bearbeitet wurden, speichert AGRA die Änderungen und führt sofort eine erneute Plausibilitätskontrolle durch. AGRA zeigt den Betrieb so lange an, wie er noch Fehler enthält. Ist der Betrieb fehlerfrei, wird der nächste Betrieb mit Fehlern angezeigt. Stellt sich bei der Bearbeitung heraus, dass für die Klärung des Fehlers noch eine Rückfrage beim Betrieb erforderlich ist, und kann diese nicht sofort durchgeführt werden, so hat die Bearbeiterin oder der Bearbeiter die Möglichkeit, einfach den nächsten Betrieb mit Plausibilitätsfehlern zu bearbeiten. Sobald die Rückfrage erfolgte, wird der fehlerhafte Datensatz aufgerufen und die Korrekturen können vorgenommen werden.

AGRA erleichtert die Aufbereitung der Ergebnisse

Um jederzeit über den Stand der Aufbereitung zu informieren, bietet AGRA entsprechende Auswertungen an. AGRA bereitet z. B. die Zahl der fehlenden Betriebe und die Zahl der Betriebe mit und ohne Fehler auf. Darüber hinaus können zu jedem Zeitpunkt Vorabergebnisse und Eckzahlen erzeugt werden. Diese Möglichkeit ist vor allem dann von Interesse, wenn zum Termin für die Erstellung von Ergebnissen noch nicht alle Datensätze fehlerfrei sind und vorläufige Ergebnisse benötigt werden. Dies ist z. B. der Fall, wenn das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Anfang Dezember aktuelle Ergebnisse für den jährlich erscheinenden Agrarbericht benötigt.

Die Erstellung der Ergebnistabellen ist zwar nicht Bestandteil von AGRA, wird jedoch ebenfalls unterstützt. AGRA stellt als Grundlage für die Tabellenerstellung eine Datenbank zur Verfügung, die über eine Schnittstelle ausgegeben wird. Neben der Datenbank für das nationale Aufbereitungsprogramm erzeugt AGRA auch den so genannten Eurofarm-Datensatz, welcher auf-

grund von Rechtsvorschriften der EG an Eurostat zu liefern ist. Eurostat erfüllt mit Hilfe dieser Daten die Anforderungen der EU an Strukturdaten für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Im Tabellenprogramm der Agrarstrukturerhebung haben betriebswirtschaftliche Auswertungen große Bedeutung. Zu diesem Zweck wird das Standardbetriebseinkommen der Betriebe berechnet und eine Klassifizierung der Betriebe nach der Betriebssystematik für die Landwirtschaft vorgenommen. Das Standardbetriebseinkommen ermöglicht eine Abschätzung der Einkommenskapazität. Mit Hilfe der Klassifizierung lässt sich der betriebliche Produktionsschwerpunkt darstellen. Für die Berechnung des einzelbetrieblichen Standardbetriebseinkommens wird eine Vielzahl von Parametern benötigt. AGRA stellt hierfür entsprechende Eingabemasken zur Verfügung. Dies verkürzt gegenüber früher die Aufbereitungszeit deutlich. Die Parameter mussten bisher auf so genannte Vorlaufkarten geschrieben werden, die dann erfasst und in das Programm zur Berechnung des Standardbetriebseinkommens eingespielt wurden.

Tabellenprogramm wurde neu spezifiziert

Das Tabellenprogramm der Agrarstrukturerhebung wurde in seinen Ursprüngen 1975 eingeführt und seitdem immer wieder erweitert und geändert. Im Laufe der Jahre entstand so eine Vielzahl von Tabellierungsprogrammen, deren Pflege immer zeitaufwendiger wurde. Es kam immer wieder vor, dass zunächst einige Tabellen nicht erstellt wurden. Da AGRA nur noch einen Datensatz für jeden Betrieb erzeugt, musste das Tabellenprogramm neu spezifiziert und programmiert werden. Man ergriff daher die Gelegenheit und überarbeitete das Tabellenprogramm mit dem Ziel, es besser an die Wünsche der Konsumenten anzupassen. Der kurzfristig auftretende Bedarf der Nutzer sollte durch Ad-hoc-Aufbereitungen erfüllt werden und umfangreiche Vorrattabellierungen sollten der Vergangenheit angehören.

Beim Tabellenprogramm wird jetzt unterschieden zwischen Tabellen, die zu jeder Erhebung erstellt werden, die so genannten Grundlasttabellen, und Tabellen, deren Erstellung sich von Erhebung zu Erhebung ändern kann. Diese Tabellen werden als variabler Tabellenteil bezeichnet.

Zu der Tabellengrundlast gehören Aufbereitungen über die Bodennutzung, die Viehbestände und die Arbeitskräfte der Betriebe. Das variable Tabellenprogramm umfasst u. a. die Tabellen zu den Merkmalen, die nicht bei jeder Erhebung erfasst werden. Das Tabellenprogramm enthält ferner zusammenfassende Darstellungen mit Regionalergebnissen, die so genannte Gemeinde- und Kreisstatistik.

Anforderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestiegen

Die Fachabteilung hat mit AGRA wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten auf die Abwicklung der Aufbereitung erhalten. Sie kann damit auch eher als früher für eine termingerechte Erledigung sorgen. Um die Vorteile von AGRA voll nutzen zu können, war es sinnvoll, die Arbeitsabläufe und die Organisation umzustellen. So wurde die ganzheitliche Bearbeitung der Angaben eines Betriebes eingeführt. Dies bedeutet jedoch für die Bearbeiterinnen und Bearbeiter, dass sie sich jetzt mit allen Angaben des Betriebes auseinander setzen müssen und sich nicht mehr nur auf einen Teilaspekt, wie z. B. die Viehhaltung, beschränken.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die ganzheitliche Bearbeitung begrüßt; die damit verbundene Zunahme der Verantwortung hat zu einem deutlichen Motivationsschub geführt. Die ganzheitliche Bearbeitung trägt gleichzeitig zu einer Reduzierung der Rückfragen bei, da sich ein Teil der Fragen direkt aus dem betrieblichen Zusammenhang klären lässt. Hierfür mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult werden und sich das Fachwissen um die betrieblichen Zusammenhänge sowie umfangreiche APC-Kenntnisse aneignen.

Zur Förderung des Erfahrungsaustausches über AGRA finden in regelmäßigen Abständen Sachbearbeiterbesprechungen im für die Programmierung zuständigen Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein statt. Auf den Seminaren werden die Erfahrungen, Wünsche und Anregungen diskutiert und auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft.

AGRA kann auch für die „Integrierte Erhebung“ eingesetzt werden

Die Bodennutzungshaupterhebung, die Viehzählung und die Agrarberichterstattung verfügten bis zur Novellierung des Agrarstatistikgesetzes, die im Wesentlichen zum 1. Juli 1998 in Kraft trat, über eigene Erhebungsgebiete und -termine. Mit der Novellierung wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Erhebungen nach dem Konzept der „Integrierten Erhebung“ durchführen zu können. Hierzu wurden ein einheitlicher Erfassungsbereich sowie ein gemeinsamer Erhebungstermin festgelegt. Es war hierdurch möglich, insbesondere die Zahl der zur Bodennutzungshaupterhebung und zur Viehzählung Auskunftspflichtigen deutlich zu verringern. Die Agrarstatistik konnte so weitere Rationalisierungen und Einsparungen realisieren. Da AGRA bereits auf eine gemeinsame Bearbeitung der Merkmale der drei Erhebungen ausgelegt war, bestand nur geringer Änderungsbedarf.

Die Anhebung und Angleichung der Erfassungsgrenzen sowie die Änderung der Erhebungsorganisation greifen erstmals bei der Landwirtschaftszählung 1999²⁾. Die Landwirtschaftszählung wurde im Rahmen der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes angeordnet. Sie kann als erweiterte Agrarstrukturerhebung bezeichnet

2) Breitenfeld, Jörg: Landwirtschaftszählung 1999, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 2/99, S. 40 ff.

net werden, da ein großer Teil des Datenbedarfs bereits durch die Agrarstrukturerhebung abgedeckt wird. Es bot sich daher an, AGRA auch für die Aufbereitung der Landwirtschaftszählung einzusetzen. Es war nur erforderlich, den Datensatz und die Bildschirmmasken um die Merkmale zu erweitern, die zum speziellen Programm der Landwirtschaftszählung gehören. Das Plausibilitätsprogramm musste natürlich ebenfalls erweitert werden.

Zeitgleich mit der Landwirtschaftszählung findet 1999 auch eine Weinbauerhebung statt. Sie wird ebenfalls mit Hilfe von AGRA aufbereitet. Dies ist möglich, weil im Gegensatz zu den früheren Weinbauerhebungen die Anforderungen überwiegend durch spezielle Auswertungen aus dem Datenmaterial der Landwirtschaftszählung erfüllt werden. Es konnte deshalb auch darauf verzichtet werden, für die Weinbauerhebung einen eigenen Erhebungsbogen zu verwenden. Die wenigen Angaben zu der Vermarktung und dem Absatz von Weinbauerzeugnissen, die nicht aus dem Datenmaterial der Landwirtschaftszählung übernommen werden können, wurden im Erhebungsbogen der Landwirtschaftszählung berücksichtigt und werden mit Hilfe von AGRA aufbereitet.

Weitere Planungen

Bei der Programmierung von AGRA beschränkte man sich 1995 aus Zeitgründen auf die Realisierung der Funktionen, die für die Aufbereitung der Agrarberichterstattung 1997 unbedingt erforderlich waren. Die Erstellung weiterer Funktionen sollte nach Abschluss der Erhebung erfolgen. Die Programmierung dieser Funktionen musste dann jedoch erneut verschoben werden, da zu diesem Zeitpunkt bereits feststand, dass 1999 wieder eine Landwirtschaftszählung stattfinden würde und die Anpassung von AGRA an die Belange der Landwirtschaftszählung Vorrang hatte. Allerdings konnte bereits bei der Überarbeitung von AGRA eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen, die sich 1997 ergeben hatten, berücksichtigt werden. Die noch bestehenden Wünsche sollen nach Abschluss der Landwirtschaftszählung umgesetzt werden.

Hierzu gehört z. B. eine Schnittstelle zum Betriebsregister Landwirtschaft. Im Betriebsregister werden die Anschriften, die Beteiligung des Betriebes an den verschiedenen Erhebungen und die regionalen Zuordnungen, wie der Regionalschlüssel oder die Weinanbauge-

biete, gepflegt. Bisher müssen die Änderungen sowohl im Betriebsregister Landwirtschaft als auch in AGRA durchgeführt werden. Vorgesehen ist, die Änderungen in AGRA zu machen und dann über die Schnittstelle an das Betriebsregister zu übermitteln. Hier werden sie dann abschließend geprüft. Bestätigt das Betriebsregister die Änderungen, so werden sie automatisch übernommen. Änderungen, die nicht übernommen werden können, meldet die Schnittstelle automatisch an AGRA zurück, um sie auch in AGRA rückgängig zu machen.

Vorgesehen ist auch, die bisher noch außerhalb von AGRA durchzuführende Stichprobenziehung zu integrieren. Das Verfahren der Stichprobenziehung kann dadurch vereinfacht werden. Bisher müssen die für die Ziehung notwendigen Daten aus AGRA entladen werden, um das Stichprobenprogramm einsetzen zu können. Diese Arbeitsschritte entfallen, wenn die Stichprobenziehung in AGRA integriert wird.

Gelöst werden muss auch noch die Einbindung eines maschinellen Verfahrens zur Eingangs- und Vollzähligkeitskontrolle. Bisher werden hierfür noch landesinterne Programme eingesetzt. Durch die Schaffung einer Schnittstelle könnte übergangsweise der Einsatz der landesinternen Programme erleichtert werden.

Fazit

Die amtliche Agrarstatistik verfügt mit AGRA über ein modernes Aufbereitungsinstrument, welches eine termingerechte und vor allem ressourcensparende Aufbereitung der Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung und der Agrarstrukturerhebung erlaubt. Die Qualität der Daten dürfte sich ebenfalls verbessert haben, da AGRA eine ganzheitliche Bearbeitung der Einzelangaben eines Betriebes ermöglicht. Die Einführung der ganzheitlichen Bearbeitung hat ferner unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem Motivationsschub geführt. Auch wird AGRA, nachdem es sich in den Ämtern etabliert hat, zu einer schnelleren Bereitstellung der Ergebnisse beitragen. Da die Investitionen in AGRA groß waren, sollten in den nächsten Jahren keine grundsätzlichen konzeptionellen Änderungen vorgenommen werden; denn nur dann ist gewährleistet, dass die Einsparungen größer sind als der Aufwand für die Programmierung von AGRA.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Das Erntejahr 1999

Eine klassische Aufgabe der amtlichen Agrarstatistik ist die Feststellung der Ernten von Feldfrüchten, Obst, Gemüse und Weinmost. Als Grundlage dienen zwei getrennte, voneinander unabhängige Erhebungsverfahren: zum einen die verschiedenen Anbauerhebungen zur Ermittlung des Anbauumfangs, zum anderen die speziellen Ernteerhebungen zur Feststellung der Erträge. Aus dem Anbauumfang und dem Ertrag werden Erntemengen für alle in die Erntestatistik einbezogenen Kultur- und Fruchtarten berechnet.

Für Feldfrüchte und Grünland findet jährlich im Mai die Bodennutzungshaupterhebung statt. Sie liefert bereits im Juli ein vorläufiges Ergebnis der Anbauflächen auf der Basis einer Stichprobe von knapp einem Fünftel der landwirtschaftlichen Betriebe. Im Marktobstbau liegen Baumzahlen und Flächenergebnisse aus der alle fünf Jahre stattfindenden Obstanbauerhebung zugrunde. Aus der Gemüseanbauerhebung wird nach Gemüsearten jährlich bis Anfang Oktober ein endgültiges Ergebnis für den Anbauumfang erstellt. Aktuelle Daten zu den Ertragsreblflächen stehen aus der sekundärstatistischen Auswertung der EG-Weinbaukartei im Februar des auf das Erntejahr folgenden Jahres zur Verfügung.

Die Erträge basieren in erster Linie auf den Schätzungen von rund 1 100 Ernteberichterstatterinnen und Ernteberichterstatter, die nach Vegetationsbeginn ab April Meldungen zur Ertragsentwicklung der Kulturen in ihrer Wohngemeinde oder in ihrem Betrieb abgeben. Im weiteren Vegetationsverlauf werden die subjektiven Berichterstatterschätzungen durch objektive Ertragsmessungen im Rahmen der „Besonderen Ernteermittlung für Getreide und Kartoffeln“ oder bei Sauerkirschen und Äpfeln durch zusätzliche Befragungen in Erzeugerbetrieben untermauert. Die endgültige Höhe der Weinmosternte wird aus den nach EG-Recht vorgeschriebenen Traubenerntemeldungen der einzelnen Erzeuger erstellt. Zusammen mit den Reblflächen erfolgt diese Auswertung sekundärstatistisch aus der EG-Weinbaukartei.

Bereits die ersten Erntevorhersagen stoßen bei den jeweiligen Marktpartnern auf großes Interesse, lassen sich daraus doch schon frühzeitig Vorstellungen über

die Markt- und Preisentwicklung ableiten. Die zum Ende des Erntejahres vorliegenden endgültigen Ergebnisse finden dann hauptsächlich Verwendung zur Erstellung von Ernte- und Versorgungsbilanzen auf nationaler und supranationaler Ebene. Viele der nachfolgenden Ergebnisse haben aufgrund noch ausstehender endgültiger Ertragsermittlungen oder noch nicht abschließend ausgewerteter Anbauerhebungen vorläufigen Charakter. Die endgültigen Ergebnisse weichen in der Regel jedoch nur geringfügig davon ab.

Hohe Regenfälle behinderten Herbstsaat

Die hohen Niederschläge im letzten Herbst und die dadurch aufgetretenen Ernteverzögerungen bei Rüben, Kartoffeln und Mais haben die Bestellung der Winter-saaten deutlich behindert. Bei Winterweizen erfolgte teilweise eine sehr späte Aussaat. In vielen Regionen konnte die Herbstbestellung sogar nicht zu Ende geführt werden. Der Wachstumsstand Anfang Dezember wurde von den Ernteberichterstatterinnen und Ernteberichterstatter beim Winterweizen insgesamt schlechter als im Vorjahr bewertet. Die übrigen Wintersaaten (Wintergerste, Roggen, Triticale und Winterraps) erhielten ähnliche Beurteilungen wie im Vorjahr.

Ein Teil des Entwicklungsrückstandes konnte durch die zeitweise milde Winterwitterung aufgeholt werden. Dies galt insbesondere für den spät gesäten Winterweizen. Die Februarfröste verursachten nur geringe Auswinterungsschäden. Am stärksten betroffen waren vor allem Winterweizen und -raps im Regierungsbezirk Trier. Im April präsentierten sich die Winterfeldfrüchte und das Grünland durchschnittlich bis gut. Die Benotung des Wachstumsstandes auf einer Skala von 1 bis 5 ist mit 2,6 bis 2,9 jedoch schlechter ausgefallen als im letzten Jahr. Die Frühjahrsbestellung konnte unter überwiegend trockenen und milden Witterungsbedingungen durchgeführt werden. Ende Mai begünstigten fröhsummerliche Temperaturen den ersten Gräserschnitt zur Gewinnung von Silage und Heu. Durch hohe Verdunstungsraten wurde eine schnelle Trocknung erreicht. Mengenmäßig ist der erste Schnitt der Raufutterernte unterdurchschnittlich und nur geringfügig höher als im letzten Jahr ausgefallen. Anschließend konnte das

Ernteschätzung für Raufutter 1999

Fruchtart	Anbaufläche 1999 ¹⁾ 1 000 ha	Hektarertrag ²⁾				
		Nutzungen insgesamt		Nutzungen bis Ende Juni		
		D 1993/98	1998	D 1993/98	1998	1999
		dt				
Wiesen	76,5	69,1	65,3	59,1	54,1	55,1
Mähweiden	122,4	71,5	71,5	60,3	56,2	57,3
Grasanbau auf dem Ackerland	8,1	71,5	72,1	61,1	58,8	60,9
Klee, Klee-gras und Klee-Luzerne-Gemisch	7,7	71,6	71,4	62,3	60,2	60,6
Luzerne	0,8	73,7	73,0	63,4	60,0	61,7
Raufutter insgesamt	215,5	70,5	69,3	59,9	55,6	56,8 ¹⁾

1) Vorläufig. - 2) Grünmasseertrag im Verhältnis 4:1 in Heu umgerechnet.

Getreideernte in Rheinland-Pfalz 1999

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			Erntemenge		
	1998	1999 ¹⁾	D 1993/98	1998	1999	D 1993/98	1998	1999 ¹⁾
	1 000 ha		dt			1 000 t		
Winterweizen	90,8	77,2	64,9	69,5	68,1	541,0	630,6	525,7
Sommerweizen	1,5	3,7	52,5	57,4	58,2	10,2	8,4	21,7
Hartweizen (Durum)	1,6	2,0	52,9	56,1	57,5	5,0	9,0	11,3
Roggen	17,2	11,9	54,7	57,9	58,5	97,2	99,5	69,5
Wintermenggetreide	2,6	2,1	54,9	59,7	57,4	11,0	15,5	12,0
Brotgetreide zusammen	113,6	96,8	62,7	67,2	66,1¹⁾	664,4	763,1	640,1
Wintergerste	35,8	32,9	57,7	57,6	59,3	200,0	206,2	195,3
Sommergerste	76,5	85,3	47,7	51,4	51,6	404,2	393,2	440,5
Hafer	13,8	13,3	45,1	51,8	46,6	83,1	71,5	62,1
Sommermenggetreide	2,9	2,8	43,6	47,8	47,4	14,8	14,1	13,4
Triticale	16,6	12,5	59,8	62,5	59,9	72,1	103,7	74,6
Futter- und Industriegetreide zusammen	145,6	146,8	50,5	54,2	53,5¹⁾	773,9	788,8	785,8
Getreide insgesamt	259,2	243,7	55,5	59,9	58,5¹⁾	1 438,3	1 551,9	1 426,0

1) Vorläufig.

Grünland bei einer meist ausreichenden Wasserversorgung zügig nachwachsen, sodass gebietsweise Ende Juni der zweite Gräserschnitt durchgeführt wurde.

Beim Getreide führten günstige Witterungsverhältnisse zu einer zügigen Abreife. Die ersten Ertragsschätzungen der Ernteberichterstatteuerinnen und Ernteberichterstatteuer im Juni waren für Getreide und Winterraps mit den Erwartungen zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres vergleichbar. Auch der Wachstumsstand der übrigen Ackerkulturen wurde ähnlich gut wie 1998 beurteilt. Nur die Zuckerrüben waren vor allem in Rheinhessen aufgrund eines Niederschlagsdefizites schlechter entwickelt.

Niedrigere Getreideernte trotz guter Erträge

Nach einem frühen Start mit dem Mähdrusch von Wintergerste bereits Ende Juni konnte die diesjährige Getreideernte unter weitgehend optimalen Witterungsbedingungen zügig und mit allgemein niedrigen Kornfeuchten eingebracht werden, sodass eine Nach-trocknung nicht erforderlich war. Teilweise ergiebige Regenfälle haben nur zu kurzen Unterbrechungen der Erntearbeiten geführt. Nach Auswertung der Ergebnisse von 500 ausgewählten Getreidefeldern im Rahmen der „Besonderen Ernteermittlung“ erreichte die rheinland-pfälzische Getreideernte rund 1,43 Mill. t. Damit blieb sie um 8 % unter der von 1998. Der Durchschnitt der letzten sechs Jahre wurde jedoch erreicht. Den größten Anteil an der Erntemenge hatte mit 37 % der Winterweizen, gefolgt von der Sommergerste mit 31 %.

Die deutsche Getreideernte ist mit 41,3 Mill. t trotz eines Anbaurückgangs von fast 6 % dagegen nicht niedriger ausgefallen. Ursache war ein sehr hoher Durchschnittsertrag von 65,8 dt/ha, der vor allem durch Ertragssteigerungen von rund 14 % in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen-

Anhalt erzielt wurde. Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland haben dagegen geringere Hektarerträge gemeldet.

Ursache für das gegenüber dem Vorjahr niedrigere Ernteaufkommen in Rheinland-Pfalz war die Einschränkung des Getreideanbaus um 6 % vor allem aufgrund erhöhter EU-Stilllegungsverpflichtungen für das Ackerland. Des Weiteren hat der verregnete Herbst 1998 eine Anbauverschiebung zugunsten des Sommergetreides verursacht. Die größte Flächenzunahme war bei der Sommergerste zu verzeichnen (+ 12 %). Sie verdrängte den Winterweizen als die in den letzten Jahren führende Getreideart von seinem Platz. Der Winterweizenanbau ist um 15 % zurückgegangen. Deutliche Flächeneinschränkungen gab es ebenfalls bei Roggen, Triticale und Wintergerste. Dagegen wurden neben der Sommergerste auch Sommer- und Hartweizen stärker angebaut.

14 % weniger Weizen

Die überwiegend milde Winterwitterung, eine günstige Wasserversorgung und ein niedriger Krankheits- und Infektionsdruck haben zu guten Flächenerträgen geführt. Mit 58,5 dt/ha im Durchschnitt aller Getreidearten lag der Ertrag nur geringfügig unter dem hohen Niveau der letzten drei Jahre. Mit Ausnahme von Triticale konnten bei allen Getreidearten die sechsjährigen Durchschnittserträge deutlich übertroffen werden. Wintergerste und Roggen erzielten auch im Vergleich zum Vorjahr leicht höhere Erträge. Mit 59,3 dt/ha lag der Wintergerstenertrag um 3 % über dem Vorjahresergebnis. Beim Roggen machte sich durch den zunehmenden Anteil von Hybridroggen das höhere Ertragspotential dieser Sorten bemerkbar. Während 1995 die Hälfte der im Rahmen der „Besonderen Ernteermittlung“ ausgewählten Roggenfelder mit Hybridsorten bestellt worden war, hat sich dieser Anteil mittlerweile auf rund zwei Drittel erhöht. Der Ertragsdurchschnitt 1993/98 wurde mit 58,5 dt/ha um 7 % übertroffen.

Ernteschätzung für Hackfrüchte, Raps, Silomais, Körner Sonnenblumen und Futtererbsen 1999

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			Erntemenge		
	1998	1999 ¹⁾	D 1993/98	1998	1999	D 1993/98	1998	1999 ¹⁾
	1 000 ha		dt			1 000 t		
Frühkartoffeln	3,6	4,1	304,3	299,1	309,4	115,2	108,0	126,5
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	6,4	5,8	328,5	324,7	335,1 ¹⁾	222,9	208,9	195,8
Zuckerrüben	23,8	24,2	537,4	542,9	529,6 ¹⁾	1 235,2	1 294,0	1 281,7
Winterraps	25,7	28,7	30,5	31,4	33,1	61,3	80,7	95,1
Sommerraps und Rübsen	2,0	2,4	21,2	21,0	21,5	4,4	4,3	5,1
Körner Sonnenblumen	1,7	1,5	30,9	31,5	33,8 ¹⁾	8,5	5,5	4,9
Futtererbsen	4,0	4,3	40,1	39,5	40,4 ¹⁾	11,0	15,8	17,2
Silomais	15,7	15,1	448,0	458,1	462,3 ¹⁾	673,6	720,8	696,3

1) Vorläufig.

Trotz der guten Hektarerträge sind durch den Anbau rückgang 5 % weniger Wintergerste und 30 % weniger Roggen geerntet worden. Etwas niedriger als im letzten Jahr waren die Flächenleistungen von Hafer (- 10 %), Triticale (- 4 %) und Winterweizen (- 2 %). Mengemäßig wurden fast 17 % weniger Winterweizen eingebracht. Durch den stärkeren Sommer- und Hartweizenanbau sowie die sehr guten Erträge bei diesen Getreidearten ist die Weizenernte insgesamt um 14 % niedriger ausgefallen. Bei Sommergerste konnten entsprechend der gestiegenen Aussaatfläche und einem ähnlich hohen, überdurchschnittlichen Ertrag (51,6 dt/ha) 12 % mehr gedroschen werden als 1998.

Nach den bisher vorliegenden Untersuchungen der Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung an Proben aus der „Besonderen Ernteeermittlung“ wird die Qualität des Getreides durchweg als gut beurteilt. Der mittlere Rohproteingehalt der untersuchten Winterweizenproben lag mit 12,1 % etwas unter dem Vorjahreswert. Aufgrund weiterer günstiger Parameter kann auf gute Backeigenschaften geschlossen werden. Die untersuchten Roggenproben wiesen gegenüber dem Vorjahr bessere Werte hinsichtlich der Backeigen-

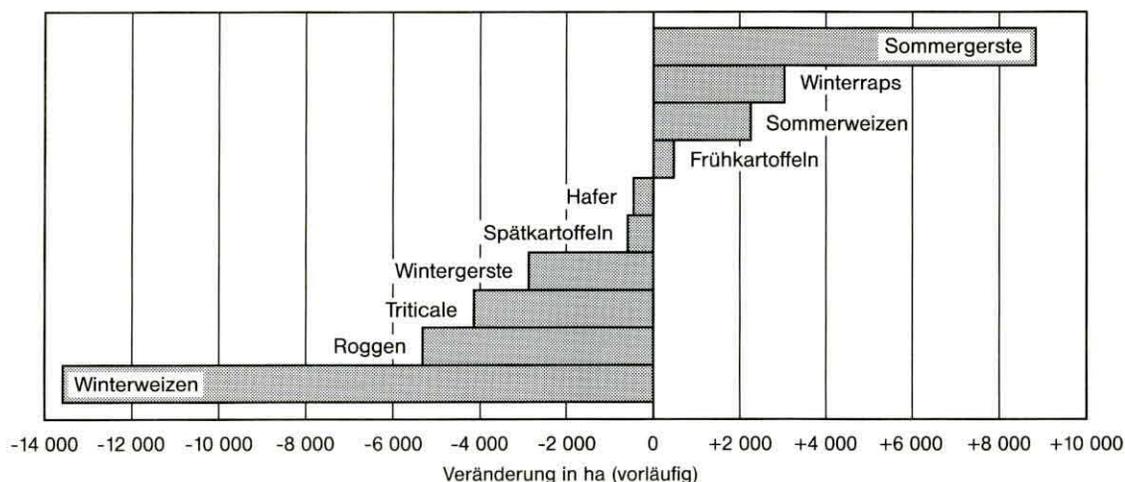
schaften auf. Auch gab es in diesem Jahr im Gegensatz zu 1998 keine Probleme mit Mutterkornbefall. Auf die Braugerstenqualität haben sich neben sehr hohen Vollkornanteilen (durchschnittlich 95 %) niedrigere Proteingehalte (durchschnittlich 10,2 %) positiv ausgewirkt. Für braufähige Ware gelten zulässige Grenzwerte von 80 bzw. 11,5 %.

Mehr Raps, weniger Spätkartoffeln

Insgesamt 8 % des Ackerlandes in Rheinland-Pfalz wurden im Wirtschaftsjahr 1998/99 mit Raps bestellt. Davon wurden rund 6 000 ha auf stillgelegten Flächen angebaut; die hier erzeugten Mengen finden als nachwachsender Rohstoff im industriellen Bereich Verwendung. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anbau von Wintererbsen um 12 % auf 28 700 ha ausgeweitet worden. Daneben haben mit durchschnittlich 33 dt/ha sehr gute Erträge zu einer um 18 % höheren Winterrapsenernte beigetragen. Die Erzeugerpreise sind jedoch im Vorjahresvergleich stark zurückgegangen.

Einem weiteren Anbau rückgang bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln stand in diesem Jahr eine deutliche Ausdehnung (+ 13 %) der Frühkartoffelfläche

Veränderung der Anbaufläche ausgewählter Feldfrüchte zwischen 1998 und 1999



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 122/99

gegenüber. Rheinland-Pfalz gehört hier mit einem Anteil von 23 % an der deutschen Frühkartoffelfläche zusammen mit Niedersachsen zu den bedeutendsten Erzeugerländern. Fast 40 % der diesjährigen Kartoffelernte von rund 320 000 t entfallen auf Frühkartoffeln. Bei etwas höheren Erträgen als im Vorjahr und im langjährigen Mittel liegt die Frühkartoffelerzeugung um 17 % höher als 1998. Das Aufkommen an mittelfrühen und späten Kartoffeln unterschreitet nach den vorläufigen Ergebnissen der 80 landesweiten Proberodungen im Rahmen der „Besonderen Erntermittlung“ trotz eines überdurchschnittlichen Ertrages von 335 dt/ha die Vorjahresmenge um 6 %.

Die Zuckerrübenenerträge dürften leicht unterdurchschnittlich und etwas niedriger als im letzten Jahr ausfallen. Durch die trocken-warme Septemberwitterung sind die Ertragsaussichten gedämpft worden, während der reichliche Sonnenschein sich positiv auf die Zuckergehalte ausgewirkt hat, sodass die Zuckererträge höher als 1998 liegen könnten. Für Silomais wird dagegen ein überdurchschnittlicher und gegenüber dem Vorjahr etwas höherer Ertrag erwartet. Die Reifentwicklung ist durch die hohen Spätsommertemperaturen beschleunigt worden, sodass aufgrund der gut ausgereiften, stärkereichen Kolben mit qualitativ sehr guten Maissilagen für die Rindviehhaltung zu rechnen ist. Bei Körnersonnenblumen, Futtererbsen und Ackerbohnen liegen die Ertragsschätzungen gleichfalls über dem Vorjahresniveau.

Gemüseanbau weiterhin im Aufwärtstrend

Die positive Entwicklung im rheinland-pfälzischen Gemüseanbau ist weiter ungebrochen. Mit 13 300 ha, knapp 5 % mehr als im Vorjahr, wurde 1999 so viel

Gemüse im Freiland angebaut wie noch nie. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Anbau, der fast ausschließlich in der Pfälzischen Rheinebene konzentriert ist, nahezu verdoppelt.

Weit mehr als die Hälfte der gesamten Gemüseanbaufläche war Möhren, Radieschen, Blumenkohl, Kopfsalat, Speisezwiebeln und Spargel vorbehalten. Verbreitetste Gemüseart waren mit 1 780 ha (+ 10 %) die Möhren, dicht gefolgt von den in den letzten beiden Jahren führenden Radieschen (1 750 ha; - 7,8 %). Hier ergibt sich der große Flächenumfang aufgrund des mehrmals möglichen Anbaus innerhalb eines Jahres. Allein 85 % der deutschen Radieschen kamen aus rheinland-pfälzischer Produktion. Auch bei frühen Möhren und Rettich ist Rheinland-Pfalz mit einem Flächenanteil von 39 bzw. 46 % an der deutschen Anbaufläche das bedeutendste Erzeugerland. Die stärkste Anbauentwicklung verzeichnete in den letzten beiden Jahren der Feldsalat, eine typische Zwischen- oder Nachkultur. Seine Fläche hat sich in dieser Zeit von rund 200 auf mittlerweile fast 700 ha vergrößert. Gegenüber dem Vorjahr war eine Ausweitung um rund ein Drittel zu verzeichnen.

Während bei den Anbauflächen auch in mehrjährigen Vergleichen starke Schwankungen zu beobachten sind, zeigen die Erträge des Gemüseanbaus in der Regel bei den gegebenen intensiven Produktionsverfahren und vor allem den vorhandenen großflächigen Berechnungsmöglichkeiten nur geringe Schwankungen von Jahr zu Jahr. Das Gemüseaufkommen wird in erster Linie durch die Veränderungen im Anbauumfang bestimmt. Infolge einer Erweiterung der Anbaufläche konnte beim beliebten Spargel eine um 9 % höhere Ernte als im Vorjahr eingebracht werden. Die Flächenleistungen lagen auf dem Vorjahresniveau. Gute über-

Ernteschätzung für Gemüse im Freiland 1999 nach Gemüsearten

Gemüseart	Anbaufläche		Veränderung gegenüber 1998	Erntemenge		Veränderung gegenüber 1998
	1998	1999		1998	1999 ²⁾	
	ha		%	dt		%
Möhren	1 611	1 779	10,4	613 931	715 180	16,5
Radieschen	1 904	1 755	-7,8	576 011	539 759 ³⁾	-6,3
Blumenkohl	1 364	1 316	-3,5	425 054	401 368	-5,6
Kopfsalat	898	1 016	13,1	234 435	277 358 ³⁾	18,3
Speisezwiebeln ¹⁾	872	842	-3,4	391 769	417 838 ³⁾	6,7
Feldsalat	520	684	31,4	54 773
Spargel im Ertrag	582	637	9,4	21 771	23 806 ³⁾	9,3
Spinat	569	609	7,0	113 543	125 926	10,9
Brokkoli	400	398	-0,5	96 565	94 453	-2,2
Rettich	432	361	-16,5	127 007	111 179 ³⁾	-12,5
Kohlrabi	375	349	-7,0	109 249	104 120	-4,7
Porree (Lauch)	253	265	4,7	76 772	82 138	7,0
Lollo Salat	189	233	23,1	38 012
Chinakohl	201	201	0,1	83 136	79 058	-4,9
Rhabarber	156	187	19,9	44 032	49 076 ³⁾	11,5
Weißkohl	138	163	18,2	54 051	66 536	23,1
Knollensellerie	150	149	-0,5	52 642	51 876	-1,5
Endivien Salat	88	110	25,2	27 134
Wirsing	98	101	3,5	30 264	31 544	4,2
Eissalat	120	90	-24,8	35 655
Rotkohl	62	67	8,6	22 738	25 347	11,5

1) Seit 1996 nur Trockenzwiebeln und Schalotten. - 2) Vorläufig. - 3) Erdgültig.

durchschnittliche Erträge waren bei Spinat, Frühkohlrabi, Frühweißkohl, -rotkohl und -wirsing, frühen Möhren und Kopfsalat zu verzeichnen. Frühblumenkohl und -brokkoli brachten dagegen unterdurchschnittliche und niedrigere Erträge als im letzten Jahr. Hervorragende Ergebnisse wurden für die Sommerzwiebeln gemeldet. Mit 500 dt/ha liegt der Ertrag gut 13 % über dem Vorjahreswert. Insgesamt ist die Speisezwiebelenernte trotz eines Anbaurückgangs bei Winterzwiebeln um 7 % höher ausgefallen. Aufgrund des erweiterten Anbaus und sehr guter Erträge ist auch bei Möhren und Kopfsalat ein um fast 17 bzw. 18 % höheres Ernteaufkommen zu verzeichnen. Bei Radieschen und Blumenkohl sind die Erntemengen um rund 6 % zurückgegangen. Jedoch ist insgesamt bedingt durch größere Anbauflächen und gute Flächenleistungen mit einer höheren Gemüseernte zu rechnen.

Sauerkirschen zu einem Drittel aus Rheinland-Pfalz

Mit 5 176 ha Baumobstfläche und einem Anteil von 9 % an der gesamten deutschen Obstbaufläche ist Rheinland-Pfalz nach Baden-Württemberg und Niedersachsen das drittgrößte Obstanbaugebiet in Deutschland. Der rheinland-pfälzische Obstanbau konzentriert sich mit 78 % der Fläche auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Weitere Anbauschwerpunkte liegen in den Landkreisen Mayen-Koblenz und Ahrweiler.

Winterfröste verursachten bei den meisten Obstarten höchstens geringe Schäden. Auch die Blüte blieb von größeren Frostschäden weitgehend verschont. Allerdings war der Insektenflug, vor allem zur Zeit der Süßkirschenblüte, aufgrund der vorherrschenden nasskalten Witterung unbefriedigend. Während 1998 durch Hitze und Trockenheit bereits im Mai Probleme mit der Wasserversorgung der Obstbäume auftraten, gab es in diesem Jahr überwiegend ausreichende Niederschläge. Mit Ausnahme der Süßkirschen wurden Blüte und Fruchtansatz von den Ernteberichterstatterinnen und

Ernteberichterstattern überdurchschnittlich und mehrheitlich besser als im letzten Jahr beurteilt. Die beste Benotung erhielten die Äpfel.

Die Kirschenernte ist in diesem Jahr deutlich höher ausgefallen als 1998, wo ein starker Fruchtfall im Mai zu einer unterdurchschnittlichen Ernte führte. Bei Süßkirschen wurden im Marktobstbau zwei Drittel mehr geerntet als im letzten Jahr und bei Sauerkirschen ist die Erntemenge gegenüber dem Vorjahr sogar um 90 % höher ausgefallen. Der sechsjährige Durchschnitt wurde um 26 % bzw. 30 % überschritten. Bei Sauerkirschen ist Rheinland-Pfalz das bedeutendste deutsche Erzeugerland. Mit 124 000 dt kam in diesem Jahr ein Drittel der Sauerkirschen aus rheinland-pfälzischer Produktion. Der Anbauschwerpunkt befindet sich mit zwei Dritteln aller Sauerkirschbäume im Raum Mainz/Bingen.

Die Ertragsschätzungen für Pflaumen und Zwetschen lagen um 44 % über dem Vorjahresergebnis und damit auch über dem Sechsjahresdurchschnitt. Bei Mirabellen und Renekloden wurde ebenfalls eine deutlich überdurchschnittliche Ernte eingebracht, wobei doppelt so viel geerntet werden konnte wie im Vorjahr. Auch bei Aprikosen und Pfirsichen sind die Erträge überdurchschnittlich ausgefallen. Während gut 40 % mehr Aprikosen als im letzten Jahr geerntet werden konnten, lag die Pfirsichernte auf Vorjahresniveau. Nach den Septemberschätzungen der Ernteberichterstatterinnen und Ernteberichterstatter werden bei Äpfeln und Birnen im Marktobstbau wie auch im übrigen Anbau bessere Baumerträge erwartet als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass die 98er Witterungsverhältnisse aufgrund geringerer Niederschlagsmengen ungünstiger beurteilt wurden. Im Marktobstbau liegen die Vorschätzungen bei Äpfeln auf dem endgültigen Ertragsniveau des letzten Jahres. Mit rund 541 000 dt wird mit einer ähnlichen Erntemenge wie im vergangenen Jahr gerechnet. Der sechsjährige Durchschnitt wird in diesem Jahr jedoch überschritten. Trotz eines leichten Anbaurückgangs

Ernteschätzung für Baumobst und Erdbeeren im Marktobstbau 1999 nach Obstarten

Obstart	Bäume bzw. Anbaufläche	Baum- bzw. Hektarertrag			Erntemenge		
	1997	D 1993/98	1998	1999	D 1993/98	1999	Abweichung vom mehrjährigen Durchschnitt
	Anzahl bzw. ha	kg/Baum bzw. dt/ha			dt		%
Süßkirschen	90 143	19,6	14,9	24,7	15 923	22 277	39,9
Sauerkirschen	564 877	16,8	11,5	21,9	116 815	123 856	6,0
Äpfel ¹⁾	3 076 057	17,2	17,9	17,6	475 694	541 386	13,8
	2 018 ²⁾	241,3 ³⁾	272,9 ³⁾	268,3 ³⁾			
Birnen ¹⁾	287 005	16,5	16,6	18,0	38 643	51 661	33,7
Pflaumen und Zwetschen ¹⁾	412 703	18,5	16,3	23,4	64 342	96 573	50,1
Mirabellen und Renekloden	42 200	17,4	14,4	30,1	7 063	12 717	80,1
Aprikosen	12 200	10,5	12,4	17,5	839	2 141	155,2
Pfirsiche	29 143	10,1	12,4	12,4	2 604	3 628	39,3
Erdbeeren	302 ⁴⁾	83,1 ³⁾	91,7 ³⁾	95,5 ³⁾	20 762	28 881	39,1

1) 1999 vorläufig. – 2) ha. – 3) dt/ha. – 4) Anbaufläche 1999 in ha.

Ernteschätzung für Weinmost 1999

Anbaugebiet Land	Hektarertrag			Erntemenge ¹⁾		
	D 1989/98	1998	1999 ²⁾	D 1989/98	1998	1999 ²⁾
	hl			1000 hl		
Ahr	85,8	97,9	112,2	40,3	49,4	56,6
Mittelrhein	82,8	85,9	89,4	52,4	49,1	51,1
Mosel-Saar-Ruwer	115,4	121,1	123,7	1 388,0	1 389,0	1 419,5
Nahe	92,5	89,4	107,1	406,8	397,8	476,3
Rheinhessen	103,8	101,4	124,0	2 554,1	2 572,2	3 146,3
Pfalz	111,9	115,7	116,9	2 466,0	2 619,1	2 647,4
Rheinland-Pfalz	107,6	108,9	119,9	6 907,7	7 076,5	7 797,3

1) Berechnet mit der Ertragsrebfläche zum Stand 31. Mai 1998. – 2) Vorschätzung September.

erreichte die Erdbeerernte mit 29 000 dt das Vorjahresniveau. Ursache waren überdurchschnittliche Flächenleistungen von rund 96 dt/ha.

Gute Aussichten für 99er Weinjahrgang

Mit einem Anteil von rund zwei Dritteln an der deutschen Ertragsrebfläche ist Rheinland-Pfalz das größte Weinerzeugerland. Von der Anbaufläche (65 000 ha) sind 85 % mit weißen Rebsorten bepflanzt, wobei mit rund 15 000 ha der Riesling die wichtigste Rebsorte ist. Der Anteil der roten Rebsorten ist in den letzten Jahren ständig angestiegen. Allein im Weinwirtschaftsjahr 1997/98 wurden 1 100 ha neu angepflanzt. Dominierend dabei war erneut die seit Anfang der 80er Jahre zum Anbau zugelassene Rotweinsorte Dornfelder (+ 579 ha), deren Anbauumfang sich in knapp zehn Jahren verdreifacht hat.

Wie bereits 1998 sind auch in diesem Jahr keine nennenswerten Schäden durch Winter- und Frühjahrsfröste an Holz, Knospen und Laub der Reben entstanden. Überwiegend milde Temperaturen haben den Austrieb und das weitere Rebenwachstum günstig beeinflusst. Der Wachstumsstand im Mai wurde von den Weinbauberichterinnen und Weinbauberichterstattern, ausgenommen an der Ahr und im Bereich Bernkastel, als überdurchschnittlich, aber witterungsbedingt in den meisten Regionen als nicht ganz so gut wie im Vorjahr benotet.

Der Gescheinansatz präsentierte sich mehrheitlich gut, jedoch im Landesdurchschnitt geringfügig schlechter als 1998. Nachdem die Blüte im Vergleich zum Vorjahr etwas später eingesetzt hatte, schloss sie aber unter hochsommerlichen Temperaturen zügig ab. 77 % der Berichtersterinnen und Berichterstatter meldeten insgesamt einen guten Verlauf der Blüte (1998: 55 %). Neben Windschäden hat Hagel die Reben teilweise regional stark geschädigt.

Der Wachstumsstand Ende Juli wurde als überdurchschnittlich und etwas besser als im Vorjahr bewertet. Hierzu hat der bestehende leichte Entwicklungsvorsprung beigetragen. Nach dem zügigen und ungestörten Blüteverlauf waren nur geringe Verrieselungsschä-

den zu verzeichnen. Entsprechend meldete eine überwiegende Mehrheit (89 %) der Berichtersterinnen und Berichterstatter einen guten Traubenansatz. Knapp 10 % berichteten über schwache bis mittlere Schäden durch Hagelschlag.

Bei günstigen Witterungsverhältnissen haben sich die Trauben anschließend viel versprechend entwickelt. Zu den insgesamt hohen Temperaturen kam ausreichend Regen hinzu. Folge war ein starkes Wachstum von Trieben und Beeren. Deutlich weniger Probleme bereitete in diesem Jahr der Oidiumbefall. Dagegen sind die Blattgallmilbe und der Sauerwurm verstärkt aufgetreten. Die Beerenreife begann bei allen Rebsorten noch früher als im letzten Jahr. Bei Müller-Thurgau, Portugieser und Dornfelder lag ihr Beginn überwiegend vor dem 20. August.

Mengenmäßig wird die größte Weinmosternte seit 1992 erwartet. Die Ertragsschätzungen der Weinbauberichterinnen und Weinbauberichterstatter erbrachten zu Ende September eine voraussichtliche Erntemenge von knapp 8 Mill. hl. Damit würde das Vorjahresergebnis um 10 % überschritten. Im Anbaugebiet Pfalz haben allerdings starke Hagelschäden stellenweise die Ertragsaussichten deutlich gedämpft. Es ist nicht auszuschließen, dass die endgültige Erntemenge die derzeitigen Erwartungen noch übertreffen wird. Auch bestehen günstige Aussichten für eine hohe Qualität der Ernte. Nachdem im letzten Jahr der Prädikatsweinanteil bei 40 % lag, dürfte der weitaus überwiegende Teil des 1999er Jahrgangs zum Ausbau als Qualitätswein mit Prädikat geeignet sein. Weitere Ergebnisse bringen die endgültigen Berichterstatterschätzungen Ende November. Gewissheit über die endgültige Weinmosternte wird es im Februar nach Auswertung der Traubenerntemeldungen und der aktuellen Rebflächen aus der EG-Weinbaukartei geben.

Insgesamt bescherte das Erntejahr 1999 überwiegend gute Naturalerträge. Dabei zeigten sich auch in diesem Jahr wieder deutliche regionale Schwankungen je nach Fruchtart, Bodenart und Niederschlagsverteilung. Nicht befriedigen konnte jedoch die Erlössituation, die häufig Grund zur Klage seitens des Berufsstandes war.

Diplom-Agraringenieur (FH) Rolf Port

Aufgaben und Stellung der Erhebungsbeauftragten beim Mikrozensus

Im Bereich der amtlichen Statistik hat der Mikrozensus seit über 40 Jahren als laufende Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt einen hohen Stellenwert, da er kontinuierlich aktuelle Daten über die Erwerbs- und Sozialstruktur der Bevölkerung bereitstellt. Neben den nur in unregelmäßigen Zeitabständen stattfindenden Volks- und Berufszählungen bietet der Mikrozensus zwar ähnliche Merkmale, er geht jedoch über das Fragenprogramm dieser Großzählungen weit hinaus. Als einprozentige Stichprobenerhebung kann er zudem vergleichsweise schnell und auch kostengünstig durchgeführt werden. Der Mikrozensus findet jährlich im gesamten Bundesgebiet als Haushaltsbefragung auf der Grundlage eines mathematisch-statistischen Zufallsverfahrens statt. Es werden Flächen, so genannte „Auswahlbezirke“, in die Erhebung einbezogen, in denen die dort wohnenden Haushalte über einen Zeitraum von vier Jahren zu befragen sind.

Mit dem Mikrozensus wird zeitgleich auch die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union durchgeführt. Da die Befragungsinhalte weitgehend übereinstimmen, bietet sich eine gemeinsame technisch-organisatorische Abwicklung an. Neben einem jährlichen Grund- und Ergänzungsprogramm mit gleichen Erhebungsmerkmalen, auf dem der Schwerpunkt der Befragung liegt, sind im vierjährigen Turnus zusätzliche Ergänzungsprogramme vorgesehen. 1999 waren dies Fragen zur Gesundheit, zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Pflegebedürftigkeit.

Rechtsgrundlage des Mikrozensus ist das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz) vom 17. Dezember 1996 (BGBl. I S. 34).

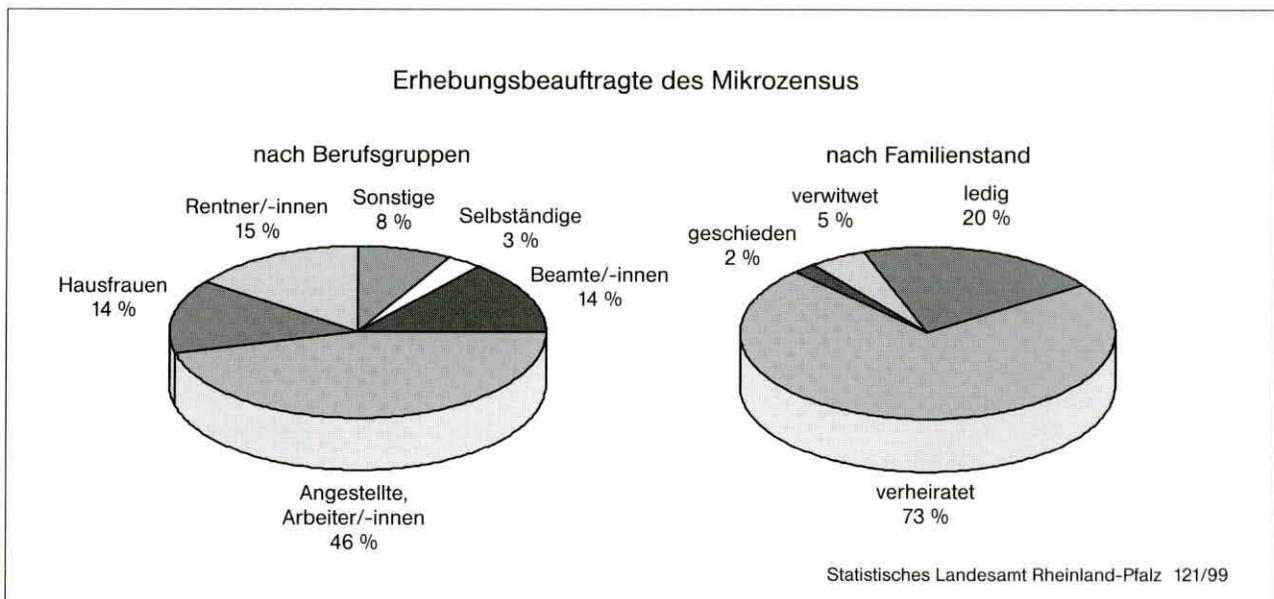
Um möglichst genaue und zuverlässige Angaben zu erhalten, sind die Auswahlgrundlagen strikt einzuhalten. Hierzu gehört, dass alle ausgewählten Erhebungsein-

heiten (also Personen, Haushalte und Wohnungen) in die Erhebung eingebunden werden. Eine Nichtberücksichtigung auch nur einzelner Haushalte führt zu Ergebnisverzerrungen und beeinträchtigt die objektive Darstellung der Befragungsinhalte. Deshalb besteht beim Mikrozensus nach § 7 des Mikrozensusgesetzes für die beteiligten Personen grundsätzlich Auskunftspflicht. Daneben gibt es jedoch auch Fragen, deren Beantwortung freigestellt ist.

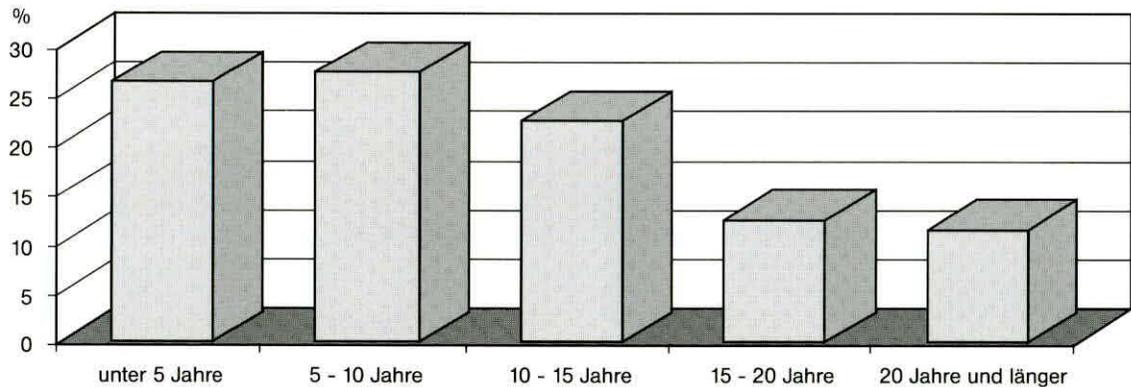
Einsatz von Erhebungsbeauftragten

Nach dem Erhebungskonzept des Mikrozensus ist grundsätzlich die letzte vollständige Aprilwoche die so genannte „Berichtswoche“, auf die das Fragenprogramm abgestellt ist. In diesem Jahr war dies die Woche vom 19. bis 25. April 1999. Bei der Durchführung der Befragung hat sich seit der Einführung des Mikrozensus im Jahre 1957 der Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern bewährt. Sie informieren die Haushalte vor Ort über die bevorstehende Erhebung und sollen diese als Ansprechpartner unterstützen. Auch das Ausfüllen der häufig als schwierig empfundenen Erhebungsbogen übernehmen die Interviewer, wobei es den Haushalten jedoch unbenommen bleibt, die Fragen selbst schriftlich zu beantworten. Anschließend können die Haushalte die Erhebungsbogen den Interviewern im verschlossenen Umschlag zurückgeben oder direkt an das Statistische Landesamt übersenden.

Darüber hinaus haben die Interviewerinnen und Interviewer vor und nach der eigentlichen Befragung vielseitige organisatorische Aufgaben zu übernehmen. Wurden die Interviewer bis zum Jahre 1995 als „freie Mitarbeiter“ im Rahmen eines privatrechtlichen Werkvertrages (§§ 613 ff BGB) für die Aufgabe gewonnen, so sind sie seit dem Mikrozensusgesetz 1996 als ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte einzusetzen (§ 6 Mikrozensusgesetz).



Erhebungsbeauftragte des Mikrozensus nach Dauer ihrer Tätigkeit



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 120/99

Bei den Erhebungsbeauftragten handelt es sich um routinierte und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die meist schon lange Jahre die Befragungsbezirke ihres regionalen Umfeldes betreuen. So waren von den 307 in diesem Jahr eingesetzten Interviewerinnen und Interviewern 35 (11 %) schon zwanzig Jahre und länger, 38 (12 %) zwischen fünfzehn und neunzehn Jahren, 69 (23 %) zehn bis vierzehn Jahre und 84 (27 %) zwischen fünf und neun Jahren für den Mikrozensus tätig. Etwas mehr als ein Viertel der Interviewerinnen und Interviewer widmet sich seit zwei bis fünf Jahren dieser ehrenamtlichen Aufgabe, 13 von ihnen kamen 1999 erstmals zum Einsatz.

Im Rahmen der organisatorischen Vorbereitung der Erhebungen werden die Interviewerinnen und Interviewer in jedem Jahr zunächst über ihre Bereitschaft zur Mitarbeit befragt. Kommt es zu Absagen oder Veränderungen in der Zuordnung von Auswahlbezirken, müssen teilweise neue Mitarbeiter gewonnen werden. Dieser Bedarf kann in der Regel durch vorliegende Bewerbungen – häufig aus dem Kreis interessierter Auskunftspflichtiger – gedeckt werden.

Die Bewerber müssen grundsätzlich keine besonderen persönlichen, schulischen oder beruflichen Voraussetzungen erfüllen. Sie sollten jedoch aufgeschlossenen gegenüber der Materie und kontaktfreudig sein. Außerdem müssen sie die Gewähr für ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit bieten. Zur Erledigung ihrer Aufgabe in den meist in mehreren Gemeinden oder Stadtteilen liegenden Befragungsbezirken ist es zusätzlich zweckdienlich, motorisiert zu sein.

Sozialstruktur der Erhebungsbeauftragten

Ähnlich wie bei den in die Erhebung einbezogenen Personen und Haushalten spiegelt sich auch in der Sozialstruktur der Erhebungsbeauftragten die gesellschaftliche Vielfalt wider. So waren in diesem Jahr 173 Interviewer (56 %) und 134 Interviewerinnen (44 %) im Einsatz.

Von den 307 Erhebungsbeauftragten waren 73 % verheiratet, 20 % ledig, 2 % geschieden sowie 5 % verwitwet. 33 % hatten einen Hauptschulabschluss und 42 % die Mittlere Reife. Weitere 25 % der Interviewerinnen und Interviewer besaßen die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.

Im Rahmen ihrer beruflichen Ausbildung konnten knapp 22 % eine Fachschul- oder Meisterprüfung nachweisen, 10 % der Erhebungsbeauftragten verfügten über ein abgeschlossenes Fachhochschul- oder Hochschulstudium.

193 oder 63 % der Interviewerinnen und Interviewer gehen einem Hauptberuf nach, wobei sich diese auf 9 Selbständige (3 %), 42 Beamte (14 %), 136 Angestellte (44 %) und 6 Arbeiter (2 %) verteilen. Von den 114 nichterwerbstätigen Erhebungsbeauftragten sind 38 % Hausfrauen und 41 % Rentner. 21 % gehören sonstigen Gruppen an. Unter ihnen befinden sich Schüler, Studenten und Erwerbslose.

Belehrung und förmliche Verpflichtung

Vor ihrem Einsatz sind die Erhebungsbeauftragten über Zweck und Inhalt ihrer Aufgabe zu unterrichten sowie über ihre Pflichten zu belehren. Schwerpunkt dieser förmlichen Verpflichtung ist der Hinweis auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses gemäß §§ 14 und 16 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) und § 8 Abs. 2 des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) sowie die Wahrung des Datengeheimnisses gemäß § 8 Abs. 1 des Landesdatenschutzgesetzes.

Im Einzelnen werden die Interviewer darüber belehrt, dass sie

- die geschützten personenbezogenen Daten, die sie bei der Befragung der Haushalte erfahren, nicht unbefugt zu einem anderen Zweck als dem der Aufgabenerfüllung nutzen dürfen,

- die aus der Interviewertätigkeit gewonnenen sonstigen Erkenntnisse über Auskunftsspflichtige geheim zu halten haben und sie nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden dürfen,
- die Erhebungsunterlagen bis zur Abgabe an das Statistische Landesamt vor Zugriff und Einsichtnahme Dritter zu sichern und zu schützen haben,
- diese Pflichten auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit beachten müssen,
- bei Verstößen gegen das Statistikgeheimnis mit Maßnahmen nach §§ 203 und 204 des Strafgesetzbuches (StGB) zu rechnen haben.

Über die Inhalte dieser Belehrung wird eine Niederschrift gefertigt. Nach deren Bestätigung durch den Verpflichtenden sowie jeden einzelnen Interviewer erfolgt die Bestellung zum ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten.

Jährliche Schulungsveranstaltung

Zur Vorbereitung auf die Erhebung haben die Interviewerinnen und Interviewer jährlich an einer der rund 35 Schulungsveranstaltungen teilzunehmen, die das Statistische Landesamt landesweit durchführt. Thematische Schwerpunkte sind hier vor allem die Inhalte der Erhebung, die sich aufgrund der unterschiedlichen Ergänzungsprogramme jährlich ändern. Die Vorstellung und Erläuterung der Arbeitsabläufe sowie der Erhebungspapiere, aber auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Erhebungsbeauftragten und dem Statistischen Landesamt nehmen breiten Raum ein.

Die 1999 zum Einsatz gekommenen Erhebungsbeauftragten hatten von Anfang Mai bis Ende Juni knapp 18 000 Haushalte in etwas mehr als 2 000 Auswahlbezirken zu betreuen. Über die einzelnen – noch bis zum 31. Dezember 1999 bestehenden – Regierungsbezirke verteilen sich die Auswahlbezirke je nach Bevölkerungsumfang auf 715 im Regierungsbezirk Koblenz, 247 im Regierungsbezirk Trier sowie 1 043 im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Die Zuteilung der Befragungsbezirke, deren Unterlagen den Interviewern im Rahmen der Schulungsveranstaltungen ausgehändigt werden, orientiert sich in erster Linie am Wohnort des Interviewers, um dessen Fahraufwand möglichst gering zu halten. Die Interviewerinnen und Interviewer sind meist mit den Örtlichkeiten ihrer näheren Umgebung vertraut, sodass schon dieser Tatbestand für eine zügige Durchführung der Erhebung genutzt werden kann. Dafür notwendig ist aber auch – gerade in ländlichen Bereichen – die Mobilität der Erhebungsbeauftragten. So verfügen 99 % der eingesetzten Interviewer über einen PKW, nur 1 % benutzt öffentliche Verkehrsmittel, wobei Letztere ausschließlich in Großstädten tätig sind. Der nach § 6 des Mikrozensusgesetzes gebotene gesetzliche Auftrag, sie nicht in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung (Nachbarschaft) einzusetzen, bleibt dabei gewährleistet.

Prüfungsaufgaben

Bei der Bearbeitung „ihrer“ Auswahlbezirke haben die Interviewerinnen und Interviewer zunächst alle erhebungsrelevanten Veränderungen festzuhalten. Sie prü-

fen vor Ort, ob die auf der Basis der Volkszählung 1987 getroffene Zufallsauswahl mit den tatsächlichen Gegebenheiten noch übereinstimmt. So können zum Beispiel

- ganze Gebäude (Hausnummern) nicht mehr vorhanden sein, da sie abgerissen wurden,
- sich Straßennamen oder Hausnummern geändert haben,
- angegebene Hausnummern sich als leer stehende Grundstücke oder Gebäude herausstellen,
- Haushalte oder Personen in dem Auswahlbezirk nicht mehr wohnen, weil sie verzogen oder verstorben sind,
- Haushalte und Personen neu zugezogen sein. Eventuell sind Geburten seit der letzten Erhebung zu berücksichtigen.

Durch das dem Mikrozensus eigene Rotationschema (§ 2 Abs. 1 Mikrozensusgesetz) wird sichergestellt, dass jährlich mindestens ein Viertel der Auswahlbezirke durch neu in die Auswahl einzubeziehende Bezirke ersetzt wird. Zusätzlich werden in jedem Jahr 1 % der aus der Bautätigkeitsstatistik gemeldeten Baugenehmigungen in die laufenden Erhebungen integriert. Auch hier sind für die Erhebungsbeauftragten die oben genannten Prüfungskriterien maßgebend.

Information der zu befragenden Haushalte

Vor der Befragung sind die ausgewählten Haushalte über die Inhalte, Sinn und Zweck des Mikrozensus sowie die Möglichkeiten der Auskunftserteilung zu informieren. Nach § 11 des Mikrozensusgesetzes haben die Meldebehörden den Statistischen Landesämtern die Daten der Einwohner, die in den Auswahlbezirken wohnen, mitzuteilen. Anhand dieser Angaben übersenden die Erhebungsbeauftragten die Informationsunterlagen an die Haushalte per Post, werfen im Rahmen einer Begehung diese in die Briefkästen ein oder überreichen die Unterlagen persönlich. Mit der Information erhalten die Haushalte den Namen und die Telefonnummer des zuständigen Interviewers sowie einen Terminvorschlag für die Durchführung der Befragung. Dem Haushalt bleibt es unbenommen, nach Rücksprache mit der Interviewerinnen oder dem Interviewer, einen anderen Termin zu vereinbaren.

Art der Befragung

In der Regel werden die Angaben mündlich gegenüber den Erhebungsbeauftragten beantwortet, die bei ihrem Besuch einen auf sie ausgestellten Ausweis des Statistischen Landesamtes mit sich führen.

Je nach Größe und Besonderheiten des Haushalts dauert ein mündliches Interview durchschnittlich zwischen 15 und 30 Minuten. Die Erhebungsbeauftragten tragen die Angaben unmittelbar in die Erhebungsbogen ein. Aufgrund der besonderen Schulung und meist langjährigen Erfahrung der Erhebungsbeauftragten können Verständnisfragen der Haushalte während des Interviews unmittelbar und meist erschöpfend beantwortet werden. Für spezifische Antwortmöglichkeiten stehen Informationsunterlagen zu jeder Frage des Erhebungsbogens zur Verfügung.

Äußert der Haushalt den Wunsch, den Erhebungsbogen selbst auszufüllen, händigen die Interviewer die entsprechenden Unterlagen aus. Diese muss der Haushalt dann nach Erledigung den Interviewern wieder zurückgeben oder innerhalb einer Woche unmittelbar an das Statistische Landesamt übersenden.

Treffen die Erhebungsbeauftragten einen Haushalt beim ersten Befragungstermin nicht an, haben sie in der Regel bis zu zwei weitere Versuche zu unternehmen. Mit einer Informationskarte kann dem Haushalt dann ein neuer Terminvorschlag unterbreitet werden. Andererseits empfiehlt sich in derartigen Fällen häufig, mit dem Haushalt vorher noch einmal in telefonischen Kontakt zu treten.

Verweigert ein Haushalt – aus welchen Gründen auch immer – die erforderlichen Angaben, so hat die Interviewerin oder der Interviewer ihn zunächst noch einmal über die Notwendigkeit der Erhebung und die bestehende Auskunftspflicht zu informieren. Bei fortbestehender Weigerung wird der Haushalt auf die möglichen rechtlichen Konsequenzen (Verwaltungszwangsverfahren) hingewiesen.

Nach Abschluss der Befragungen in den Auswahlbezirken übertragen die Erhebungsbeauftragten ihre Feststellungen in entsprechende Organisationspapiere, die sie anschließend zusammen mit den Erhebungsbogen an das Statistische Landesamt übersenden. Dort werden die Unterlagen auf Vollständigkeit überprüft und eventuelle Unklarheiten mit den Interviewerinnen und Interviewern besprochen, bevor die eigentliche Erfassung und Auswertung der Erhebungsmerkmale beginnt.

Bei allen Befragungsausfällen (Selbstaussfüller, die die Unterlagen nicht oder unvollständig zurücksenden sowie Haushalte, die nicht angetroffen werden oder die Angaben verweigern) wird anschließend das Statistische Landesamt noch einmal tätig und bittet die Haushalte erneut um Auskunftserteilung.

1998 mussten auf diesem Wege rund 2 000 Haushalte angeschrieben werden, mehr als 1 200 wurden nach Fristablauf erinnert. In 477 Fällen erfolgte dann die Androhung eines Zwangsgeldes, 151 Zwangsgelder mussten festgesetzt werden.

Interviewervergütung

Die Erhebungsbeauftragten erhalten nach Abschluss ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nach § 6 Abs. 2 Mikrozensusgesetz eine Entschädigung, die sich aus einer Vergütung je Auswahlbezirk und Haushalt zusammensetzt. Außerdem werden ihnen die Fahrtkosten sowie sonstige Auslagen (Portokosten, Telefongebühren) erstattet. Die Vergütungen gelten als steuerfreie Auf-

wandsentschädigung im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes und hier in Verbindung mit Ziffer 13 Absatz 4 der Lohnsteuerrichtlinien. Danach wird im Falle der Erhebungsbeauftragten für den Mikrozensus wie bei sonstigen ehrenamtlich tätigen Personen ein steuerlicher Aufwand in Höhe von einem Drittel der gewährten Aufwandsentschädigung, mindestens 50 DM und höchstens 300 DM monatlich anerkannt.

Insgesamt wurden 1998 an die Interviewerinnen und Interviewer Aufwandsentschädigungen von mehr als 300 000 DM ausgezahlt. Daneben wurden Auslagen für Fahrt- und Portokosten in Höhe von 88 000 DM erstattet. Für die Schulung der Erhebungsbeauftragten wurden 15 000 DM aufgewendet, sodass dem Land Rheinland-Pfalz neben den reinen Sach- und Verwaltungskosten 1998 für den Einsatz der Erhebungsbeauftragten Ausgaben von deutlich über 400 000 DM entstanden.

Schlussbemerkungen

Der Mikrozensus hat sich in seiner über 40-jährigen Geschichte als fester Bestandteil der amtlichen Statistik bewährt, ebenso die Tätigkeit der Interviewerinnen und Interviewer. Sie leisten vor Ort als „verlängerter Arm“ des mit dieser Erhebung beauftragten Statistischen Landesamtes durch ihren unmittelbaren Kontakt mit den Haushalten einen bis heute unverzichtbaren Beitrag. Neben den allgemeinen schriftlichen Informationsunterlagen, die das Statistische Landesamt zur Verfügung stellt, können sie mit ihrem Wissen und ihrem Sachverstand viele Fragen der auskunftspflichtigen Haushalte beantworten und stehen mit Rat und Tat vor Ort zur Verfügung. Sie vermitteln den Bürgern mit Hilfe des Statistischen Landesamtes

- worum es beim Mikrozensus geht,
- welche Fragen gestellt werden,
- welche statistischen Ergebnisse damit am Ende erstellt werden können,
- warum gerade dieser Haushalt ausgewählt wurde,
- wie der Datenschutz sichergestellt wird.

In einer Zeit der für den Einzelnen kaum noch überschaubaren Informationsvielfalt und -wünsche führt auch der Datenbedarf des Mikrozensus bei den Bürgern verstärkt zu einer kritischen Betrachtung und stößt häufig auf mangelnde Bereitschaft zur Auskunftserteilung. Hier werden an die Sensibilität und Objektivität der ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten zum Teil hohe Anforderungen gestellt.

Mit Überzeugungskraft erreichen sie bei einem nicht geringen Bearbeitungsaufwand und einem engen zeitlichen Rahmen dennoch eine relativ große Erfolgsquote.

Diplom-Verwaltungswirt (FH) Lutz Zaun

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 010	4 020	4 018	4 019	4 020
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 876	1 814	2 134	2 929	2 845	2 375 ^P	2 353 ^P	2 617 ^P	2 610 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,4	6,5	8,6	8,3	6,9 ^P	7,1 ^P	7,7 ^P	7,6 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 473	3 303	3 082	3 608	3 536
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,4	9,9	9,3	10,6	10,4
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 559	3 391	3 317	3 442
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,6	10,3	9,7	10,1
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	18	14	14	15	14
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,2	4,3	4,3	4,4	4,0
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 128	- 256	- 309	291	94
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,8	- 0,9	0,9	0,3
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 948	8 967	8 564	9 920	10 753	8 149	8 948
Fortgezogene	Anzahl	7 381	8 116	6 725	7 839	9 893	6 764	7 547
Wanderungssaldo	Anzahl	1 567	851	1 839	2 081	860	1 385	1 401
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 861	13 867	12 897	14 673	15 836	11 947	13 691
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	163 768	156 654	147 684	152 306	151 850	144 696	142 749	146 535	143 864
Männer	Anzahl	94 978	88 177	82 371	83 256	82 091	79 596	77 235	78 441	76 502
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 360	9 021	7 783	.	.	.	6 629	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	50 739	46 932	44 162	.	.	.	41 898	.	.
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,2	8,8	8,2	8,5	8,5	7,9	7,8	8,0	7,9
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	10,3	9,7	9,1	9,4	9,4	8,8	8,7	8,9	8,8
Offene Stellen	Anzahl	24 137	27 279	31 498	32 461	32 441	34 266	32 888	34 117	35 207
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	700	799	997	.	.	.	1 052	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 800	5 719	6 695	.	.	.	6 759	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	7 114	4 316	2 664	2 244	2 176	5 533	5 434	3 809	3 563
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
Rinder	t	12 943	12 389	12 090	11 454	11 556	12 221	12 190	11 537	12 290
Kälber	t	3 348	3 196	2 683	2 659	2 506	2 719	2 878	2 483	2 784
Schweine	t	33	28	19	16	19	24	21	16	23
	t	9 453	9 045	9 272	8 684	8 933	9 356	9 162	8 939	9 381
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 957	62 394	66 644	67 282	64 335	70 537	66 991	67 737	64 565
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1000	15 626	15 581	14 880	14 514	15 096	14 347	13 505	14 152	15 109
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 324	2 276	2 268	2 284	2 285	2 267	2 274	2 279	2 283
Beschäftigte	1000	312	312	311	312	314	307	307	309	309
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	201	200	200	202	202	196	197	199	199
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 567	26 611	26 630	27 387	24 519	25 320	26 447	24 761	25 293
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 680	1 711	1 885	1 656	1 602	1 661	1 897	1 636	1 631
Löhne	Mill. DM	901	913	954	913	877	880	968	882	884
Gehälter	Mill. DM	779	798	931	743	725	782	929	755	747
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 287	9 480	9 625	9 996	8 588	9 220	9 996	9 345	9 073
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 883	3 876	3 924	4 041	3 475	3 815	4 219	3 883	3 588
Exportquote ¹¹⁾	%	41,8	40,9	40,8	40,4	40,5	41,4	42,2	41,6	39,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998				1999			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Kohleverbrauch ¹⁾	1000 GJ	6 673	4 311	5 144	.	.	.	2 698	.	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	8 680	9 686	9 183	.	.	.	10 021	.	.
Heizölverbrauch ¹⁾	1000t	71	65	59	.	.	.	60	.	.
davon										
leichtes Heizöl	1000t	37	33	28	.	.	.	30	.	.
schweres Heizöl	1000t	34	32	31	.	.	.	30	.	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 153	1 146	1 173	1 202	1 124	1 136	1 114	1 156	1 180
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	165	164	165	129	185	154	144	129
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	410	564	315	314	506	425	430
Eigenverbrauch	Mill. kWh	24	24	17	19	23	20	20
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	386	540	298	295	483	405	409
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	73	81	54	34	27	76	47
Wind- und Solarenergie	Mill. kWh	0,12	0,18	0,14	0,16	0,13	0,19	0,18
Wärmekraft	Mill. kWh	313	459	261	261	456	329	362
Steinkohle	Mill. kWh	80	82	81	82	45	53	41
Erdgas	Mill. kWh	217	366	152	167	405	263	310
Heizöl	Mill. kWh	5,88	0,61	0,21	0,11	0,05	0,06	0,05
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	10	10	11	12	6	14	11
Stromeinspeisung	Mill. kWh	12	24	19	19	16	26	26
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	7	17	13	14	13	21	21
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 169	3 222	3 268	3 384	2 876	2 828	2 665
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 483	1 648	1 649	1 694	1 433	1 294	1 212
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	2 085	2 137	1 935	2 004	1 941	1 967	1 888
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,35	0,49	0,26	0,37	0,00	0,28	0,21
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 412	5 625	3 568	3 736	4 042	4 705	4 159
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 369	5 617	3 565	3 733	4 001	4 577	4 107
Handwerk⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	100	100	.	.	.	95	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	97	100	98	.	.	.	102	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁶⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 644	48 170	49 099	48 560	49 601	47 439	47 779	47 891	48 391
Facharbeiter	Anzahl	25 556	24 837	25 303	25 306	25 521	24 825	25 422	25 335	25 527
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 474	8 962	9 300	9 090	9 394	8 511	8 326	8 633	8 758
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	4 754	4 887	5 501	5 765	4 940	4 922	5 543	4 806	5 212
Hochbau insgesamt	1000	3 038	3 163	3 539	3 740	3 152	3 082	3 482	3 008	3 179
Wohnungsbau	1000	1 967	2 188	2 464	2 593	2 209	2 055	2 418	1 956	2 090
gewerblicher Hochbau	1000	798	741	807	863	716	772	802	820	821
gewerblicher und industrieller Bau	1000	730	701	764	831	618	739	756	774	771
Bahn und Post	1000	44	27	15	13	80	15	25	28	26
landwirtschaftlicher Bau	1000	24	14	28	19	18	18	21	18	24
öffentlicher Hochbau	1000	274	234	267	284	227	255	262	232	268
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1000	66	49	58	72	54	65	59	48	65
Körperschaften des öffentl. Rechts	1000	208	185	209	212	173	190	203	184	203
Tiefbau insgesamt	1000	1 716	1 725	1 963	2 025	1 788	1 840	2 061	1 798	2 033
gewerblicher Tiefbau	1000	448	467	480	555	445	446	511	462	507
gewerblicher und industrieller Bau	1000	361	372	385	437	361	325	371	316	318
Bahn und Post	1000	88	95	95	118	84	121	140	146	189
öffentlicher Tiefbau	1000	565	589	695	673	603	600	732	575	661
Straßenbau	1000	703	669	788	797	740	794	818	761	865
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	196	202	206	202	197	205	209	208
Löhne	Mill. DM	154	151	155	162	157	151	158	162	162
Gehälter	Mill. DM	46	46	47	44	45	46	47	47	46
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	676	708	713	780	746	739	772	761	740

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Messdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 009	1 048	1 196	1 266	1 022	1 157	1 347	1 275	1 111
mit 1 Wohnung	Anzahl	704	762	869	926	753	857	1 005	982	849
mit 2 Wohnungen	Anzahl	195	197	230	256	198	210	257	196	178
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	110	89	97	84	71	90	85	97	84
Umbauter Raum	1000 m ³	1 117	1 135	1 266	1 305	1 070	1 237	1 356	1 347	1 205
Wohnfläche	1000 m ²	197	199	218	231	189	215	241	243	220
Wohnräume	Anzahl	9 044	8 835	9 809	10 144	8 386	9 413	10 391	10 691	9 552
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	482	487	542	560	465	538	590	589	532
Bauherrn										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	1	6	1	6	3	12	3
Unternehmen	Anzahl	146	159	175	149	106	141	193	230	197
Private Haushalte	Anzahl	860	885	1 020	1 111	915	1 010	1 151	1 033	911
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	184	200	231	278	247	213	268	242	268
Umbauter Raum	1000 m ³	881	919	893	1 398	1 328	734	1 440	1 328	1 212
Nutzfläche	1000 m ²	143	157	151	243	200	130	240	217	197
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	192	190	187	272	208	183	298	276	248
Bauherrn										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	20	21	21	22	20	27	28	44
Unternehmen	Anzahl	155	170	198	249	218	183	229	209	214
Private Haushalte	Anzahl	11	9	12	8	7	10	12	5	10
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 128	1 964	2 170	2 217	1 853	2 012	2 329	2 431	2 206
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 490	3 474	3 520	3 906	2 694	3 357	3 793	3 549	...
EU-Länder	Mill. DM	1 954	1 923	1 953	2 206	1 324	1 954	2 240	1 932	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	232	225	225	240	158	225	289	210	...
Dänemark	Mill. DM	59	55	58	62	41	50	57	44	...
Finnland	Mill. DM	28	28	26	32	17	24	27	21	...
Frankreich	Mill. DM	464	468	468	538	321	469	544	488	...
Griechenland	Mill. DM	27	26	27	44	25	30	30	27	...
Großbritannien	Mill. DM	294	282	279	356	176	282	308	287	...
Irland	Mill. DM	13	15	13	14	10	18	15	17	...
Italien	Mill. DM	246	240	257	278	131	302	319	248	...
Niederlande	Mill. DM	220	207	229	214	153	162	211	199	...
Österreich	Mill. DM	144	145	145	159	138	125	155	127	...
Schweden	Mill. DM	57	52	50	55	31	64	70	56	...
Spanien	Mill. DM	143	151	149	183	97	167	181	176	...
Portugal	Mill. DM	25	27	28	28	25	36	35	32	...
USA und Kanada	Mill. DM	253	277	295	306	221	273	277	307	...
Japan	Mill. DM	83	72	56	69	76	64	67	90	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	529	482	457	547	417	415	485	458	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	301	361	408	413	335	349	344	388	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 376	2 511	2 700	2 927	2 254	2 256	2 626	2 410	...
EU-Länder	Mill. DM	1 516	1 552	1 579	1 759	1 317	1 336	1 623	1 360	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	253	303	310	325	298	221	241	195	...
Dänemark	Mill. DM	47	45	48	54	50	51	57	49	...
Finnland	Mill. DM	10	11	15	13	8	11	10	24	...
Frankreich	Mill. DM	374	367	325	474	290	302	375	380	...
Griechenland	Mill. DM	2	2	2	3	2	5	5	2	...
Großbritannien	Mill. DM	113	120	144	138	82	95	125	82	...
Irland	Mill. DM	20	20	19	19	13	14	22	21	...
Italien	Mill. DM	174	174	185	198	164	188	203	174	...
Niederlande	Mill. DM	253	255	230	227	186	236	334	217	...
Österreich	Mill. DM	81	86	92	112	76	63	58	65	...
Schweden	Mill. DM	49	44	81	44	38	22	54	29	...
Spanien	Mill. DM	115	100	103	127	84	105	110	109	...
Portugal	Mill. DM	25	24	27	26	25	23	28	13	...
USA und Kanada	Mill. DM	160	199	204	318	186	203	206	198	...
Japan	Mill. DM	83	86	111	74	89	58	89	87	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	187	171	219	201	160	175	186	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	196	224	219	253	225	249	264	270	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Einzelhandel¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,4	95,2	93,4	95,4	95,4	92,0	88,0	90,2	90,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	104,1	105,9	104,1	106,7	106,3	101,3	96,3	98,9	97,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,5	98,6	93,2	101,7	90,7	97,1	94,5	97,9	90,4
Großhandel¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	97,7	99,0	98,6	98,8	99,5	96,5	96,4	96,6	97,0
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	103,9	104,4	106,2	109,0	96,3	102,2	110,5	107,7	105,6
Gastgewerbe¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	93,5	96,3	97,2	95,8	91,2	89,6	89,7	91,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	97,5	101,3	105,4	105,0	103,3	93,5	91,9	89,8	90,8
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,1	97,7	104,4	104,6	110,5	112,1	103,1	106,8	113,1
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	507	536	627	635	720	674	655	643	786
Ausländer	1000	101	107	123	169	174	130	130	173	183
Übernachtungen	1000	1 626	1 671	1 871	2 314	2 506	2 005	2 000	2 487	2 517
Ausländer	1000	308	314	337	579	598	383	367	624	596
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 364	1 343	1 424	1 447	1 314	1 204	1 271	1 331	...
Güterversand	1000 t	803	703	704	776	680	582	716	837	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 873	16 350	18 811	17 886	13 458	21 936	23 144	21 271	17 768
Krafträder	Anzahl	1 512	1 339	2 109	1 749	1 190	1 939	1 935	1 525	1 177
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 235	13 728	15 270	14 655	11 240	18 557	19 569	18 438	15 477
Lastkraftwagen	Anzahl	799	903	940	1 090	790	948	501	832	812
Zugmaschinen	Anzahl	192	232	324	227	135	289	311	262	192
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 488	1 493	1 705	1 702	1 669	1 808	1 897	1 783	1 950
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 007	8 110	7 601	8 241	7 352	8 457	8 446	8 235	8 699
Verunglückte Personen	Anzahl	2 025	2 016	2 245	2 261	2 263	2 363	2 523	2 446	2 585
Getötete	Anzahl	32	32	39	37	45	29	43	35	43
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	24	20	32	17	23	16	27
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	8	11	6	3	14	13	10
Radfahrer	Anzahl	2	2	3	4	3	4	4	4	3
Fußgänger	Anzahl	4	4	3	1	1	4	1	2	1
Schwerverletzte	Anzahl	490	467	575	520	589	548	629	633	638
Pkw-Insassen	Anzahl	266	258	266	266	286	216	308	289	291
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	96	166	150	164	172	153	183	187
Radfahrer	Anzahl	56	47	78	65	93	82	93	102	92
Fußgänger	Anzahl	50	47	43	33	31	57	48	40	37
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Anzahl										
Konkurse ³⁾	Anzahl	104	117	90	158	88	97 ^r	100	89	103
Angemeldete Forderungen	1000 DM	75 825	101 682	126 432	79 158	61 291	56 364	38 345	56 554	98 073
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	189 388	.	.	.
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	26 608	.	.	.
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	19 997	.	.	.
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	142 783	.	.	.
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	180 765	.	.	.
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	161 233	.	.	.
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	19 532	.	.	.
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	8 623	.	.	.
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	142 304	.	.	.
Sichteinlagen	Mill. DM	28 754	.	.	.
Termineinlagen	Mill. DM	39 246	.	.	.
Sparbriefe	Mill. DM	10 922	.	.	.
Spareinlagen	Mill. DM	63 382	.	.	.
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	137 597	.	.	.
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	133 750	.	.	.
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 847	.	.	.
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	4 704	.	.	.
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 344	3 642	4 329	3 104	3 969	4 170	3 899	3 330	4 083
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 359	1 439	2 048	847	1 607	1 834	1 764	958	1 686
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 133	891	1 016	1 460	1 474	921	1 050	1 596
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	179	188	–	–	546	541	–	–	604
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	20	23	278	– 215	– 41	– 123	382	– 159	– 95
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	57	117	410	46	51	362	77	73	26
Zinsabschlag	Mill. DM	41	46	9	12	76	79	12	13	70
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	59	22	–	–	62	66	–	–	59
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	120	460	– 13	63	43	372	– 19	90
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	12	8	–	–	72	29	–	–	101
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 986	2 203	2 281	2 257	2 362	2 337	2 135	2 372	2 397
Umsatzsteuer	Mill. DM	684	707	727	716	763	822	701	771	812
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 496	1 554	1 541	1 599	1 514	1 434	1 601	1 586
Zölle	Mill. DM	218	200	172	211	204	168	158	189	193
Bundessteuern	Mill. DM	250	230	253	210	205	220	239	220	197
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	153	152	136	155	146	145	135	160	139
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	87	66	106	45	47	64	94	49	47
Landessteuern	Mill. DM	111	128	138	141	119	195	141	134	121
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	3	3	4	6	6	6	6
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	65	68	79	73	58	65	70	66	58
Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	8	8	7	8	8	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Gemeindesteuern¹⁾	Mill. DM	782	787	819	-	-	-	855	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	9	-	-	-	7	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	154	161	170	-	-	-	181	-	-
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	532	549	-	-	-	577	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	63	66	65	-	-	-	70	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 899	1 974	2 426	1 725	2 111	2 236	2 124	1 885	2 161
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	630	936	363	693	811	784	412	726
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 046	1 103	1 237	1 125	1 212	1 205	1 102	1 225	1 237
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 067	1 113	1 427	902	1 156	1 355	1 230	916	1 185
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	537	565	860	238	606	725	686	274	625
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391	387	428	433	426	433	402	412	436
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 134	1 180	1 213	-	-	-	1 246	-	-
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	432	406	442	-	-	-	477	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	457	471	458	-	-	-	442	-	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	48	43	-	-	-	50	-	-
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	103,2	104,1	104,4	104,6	104,5	104,7	104,8	105,3	105,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	104,3	103,5	102,6	103,1	102,6	101,8	100,8
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 387	4 483	-	4 496	-	-	-	4 595	-
Arbeiter	DM	4 545	4 637	-	4 651	-	-	-	4 743	-
Arbeiterinnen	DM	3 210	3 320	-	3 335	-	-	-	3 423	-
Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,90	-	26,91	-	-	-	27,54	-
Arbeiter	DM	27,21	27,72	-	27,74	-	-	-	28,33	-
Facharbeiter	DM	29,01	29,67	-	29,66	-	-	-	30,46	-
Angelernte Arbeiter	DM	25,99	26,43	-	26,50	-	-	-	26,97	-
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,99	-	23,05	-	-	-	23,09	-
Arbeiterinnen	DM	20,06	20,52	-	20,53	-	-	-	21,10	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,34	19,73	-	19,71	-	-	-	20,11	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	-	38,5	-	-	-	38,4	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	-	38,6	-	-	-	38,5	-
Arbeiterinnen	Std.	36,8	37,2	-	37,4	-	-	-	37,3	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 221	6 356	-	6 360	-	-	-	6 522	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 669	5 794	-	5 780	-	-	-	5 927	-
Männer	DM	6 601	6 701	-	6 682	-	-	-	6 850	-
Frauen	DM	4 624	4 753	-	4 751	-	-	-	4 868	-
Technische Angestellte	DM	6 645	6 789	-	6 813	-	-	-	6 995	-
Männer	DM	6 787	6 930	-	6 959	-	-	-	7 136	-
Frauen	DM	5 186	5 371	-	5 367	-	-	-	5 601	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 511	4 585	-	4 597	-	-	-	4 709	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 491	4 561	-	4 569	-	-	-	4 696	-
Männer	DM	5 147	5 210	-	5 226	-	-	-	5 297	-
Frauen	DM	3 874	3 933	-	3 937	-	-	-	4 102	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	82 051	...	82 018	82 024	82 016
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 231	34 715 ^P	48 361 ^P	41 547 ^P	50 251 ^P	27 910 ^P	48 381 ^P	42 267 ^P	47 313 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	67 681	65 188 ^P	62 642 ^P	65 356 ^P	70 115 ^P	61 466 ^P	65 049 ^P	66 386 ^P	68 604 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 699	70 910 ^P	66 554 ^P	69 360 ^P	67 975 ^P	67 214 ^P	66 510 ^P	65 359 ^P	64 950 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 4 018	- 5 722 ^P	- 3 912 ^P	- 4 004 ^P	2 140 ^P	- 5 748 ^P	- 1 461 ^P	1 027 ^P	3 654 ^P
Arbeitslose	1000	4 384	4 279	4 197	4 075	4 134	4 145	3 998	3 938	4 027
Männer	1000	2 342	2 273	2 229	2 144	2 153	2 206	2 104	2 050	2 073
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,4	11,1	10,9	10,5	10,7	10,7	10,2	10,1	10,3
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,7	12,3	12,0	11,7	11,9	11,9	11,4	11,2	11,5
Offene Stellen	1000	337	422	484	483	467	508	502	491	482
Kurzarbeiter	1000	183	118	119	102	83	136	137	131	107
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 416	6 405	6 374	6 398	6 435	6 335	6 331	6 343	6 373
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	533	537	520	539	555	534	506	539	522
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	183 374	189 235	181 539	196 787	195 309	187 322	182 009	204 365	192 091
Auslandsumsatz	Mill. DM	58 117	62 764	59 839	68 068	64 297	63 406	61 840	71 271	64 839
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	104,1	109,3	105,4	112,6	113,1	107,1	103,4	115,2 ^f	107,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	104,9	109,5	107,6	113,0	114,1	108,8	105,3	114,4 ^f	109,8
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	105,2	113,9	106,9	119,5	118,8	109,0	104,2	123,0 ^f	109,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,7	108,9	103,8	110,1	107,6	109,3	104,0	117,0 ^f	102,7
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,8	101,0	96,9	100,4	103,3	98,0	96,2	102,9 ^f	100,4
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 564	41 084	37 643	35 973	37 834	40 563	37 574	36 976	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 143	31 403	28 165	28 165	28 728	32 574	28 474	28 209	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1000	1 221	1 156	1 172	1 177	1 177	1 088	1 096	1 101	1 105
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	116	121	132	138	118	114	129	124
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	17 530	16 741	15 630	17 799	19 264	15 523	16 145	18 457	18 926
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 433	19 364	22 384	23 647	20 989	19 883	20 562	22 391	22 747
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 223	17 594	20 396	21 682	19 244	18 421	19 110	20 784	21 102
Wohnfläche	1000 m ²	3 639	3 521	4 095	4 182	3 691	3 474	3 594	3 841	3 949
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 355	3 622	4 302	4 390	4 179	3 509	3 460	4 122	3 844
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	44 110	39 809	45 870	46 075	40 975	37 331	38 932	40 509	40 668
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,1	102,6	101,5	97,6	105,0	102,3	100,1	101,9	104,5
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,2	102,6	100,9	104,3	104,1	99,5	97,4	106,0	101,6
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,9	95,1	105,2	99,3	101,1	91,2	104,4	98,2	101,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1997	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	74 051	79 178	77 756	81 780	84 948	80 770	77 140	86 567	86 445
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	41 129	44 623	43 113	47 265	46 788	46 658	45 147	49 870	46 293
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 306	4 492	4 316	4 744	4 572	4 443	4 373	4 996	4 006
Frankreich	Mill. DM	7 868	8 815	8 397	9 562	9 131	9 459	9 038	10 597	9 581
Großbritannien	Mill. DM	6 247	6 821	6 320	7 413	7 625	6 835	6 464	6 809	7 217
Italien	Mill. DM	5 421	5 863	6 023	6 389	6 151	6 103	6 274	6 673	6 246
Niederlande	Mill. DM	5 255	5 422	5 069	5 508	5 741	5 432	5 081	5 645	5 406
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	64 346	67 836	63 260	70 617	70 756	69 395	70 476	72 887	71 706
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	35 369	36 729	34 605	38 675	38 606	36 858	40 028	40 068	38 104
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 952	3 827	4 060	4 101	3 661	3 876	3 796	4 079	3 270
Frankreich	Mill. DM	6 758	7 513	7 262	7 501	7 864	7 778	7 670	7 908	7 598
Großbritannien	Mill. DM	4 528	4 686	4 149	4 894	4 866	4 304	5 787	5 171	5 327
Italien	Mill. DM	5 090	5 276	4 967	5 901	6 093	4 940	5 661	5 656	5 486
Niederlande	Mill. DM	5 628	5 464	4 808	5 732	5 439	5 580	5 801	6 116	5 418
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 952	50 061	40 420	60 663	44 435	42 689	44 540	66 139	47 737
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 150	28 353	16 872	40 661	21 830	20 433	20 360	45 169	23 466
Lohnsteuer	Mill. DM	20 723	21 523	19 468	20 937	23 226	19 366	20 155	21 317	23 096
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	480	926	- 3 442	7 071	- 4 018	- 1 685	- 2 366	8 633	- 2 954
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 075	20 851	22 962	20 010	20 722	20 464	23 528	20 967	22 346
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 661	16 974	19 265	15 946	16 654	16 231	19 680	16 869	17 993
Zölle	Mill. DM	575	540	526	492	514	537	489	488	564
Bundessteuern	Mill. DM	11 272	10 876	10 522	11 326	10 720	9 666	10 244	12 947	11 164
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 177	1 163	995	654	698	799	929	721	671
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 935	7 996	8 449	8 298	8 506	7 578	8 028	9 463	9 034
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	107,5	103,6	104,7	104,3	103,3	102,5	102,4	102,9	103,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	92,5	87,1	88,8	89,3	88,2	83,5	84,0	85,4 ^P	84,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,9	99,5	100,0	99,9	99,7	98,3	98,3	98,4	98,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,0	98,7	99,0	-	-	-	98,3	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	99,1	98,7	99,0	-	-	-	98,3	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	96,6	95,7	96,0	-	-	-	95,2	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,3	104,3	104,4	104,5	104,8	104,8	104,8	104,9	105,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	102,0	103,0	104,2	104,4	103,6	103,2	103,2	102,6	101,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	102,7	104,7	105,4	105,4	105,5	105,5	105,6	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,1	101,5	101,5	101,5	101,4	101,8	101,9	101,8	101,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	105,1	106,0	106,1	106,1	106,1	107,4	107,4	107,5	107,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,1	101,8	101,8	101,9	101,9	102,1	102,2	102,2	102,2
Gesundheitspflege	1995 = 100	108,7	114,4	114,6	114,6	114,1	110,5	110,5	110,6	110,6
Verkehr	1995 = 100	104,3	104,7	104,7	104,9	105,3	107,0	106,4	107,4	108,2
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,9	97,3	97,5	97,7	97,7	88,7	88,5	87,6	87,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	102,5	103,1	102,2	102,7	104,5	101,7	102,1	102,6	105,5
Bildungswesen	1995 = 100	107,8	112,9	112,1	112,1	112,2	117,2	117,2	117,2	117,4
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	102,1	103,6	103,5	104,0	105,9	104,3	104,9	105,4	107,2
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,3	102,8	102,7	102,7	102,8	104,3	104,5	104,5	104,5

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Maschinenbau stützt Industriekonjunktur in Rheinland-Pfalz

Im Gegensatz zur Umsatzentwicklung im gesamten verarbeitenden Gewerbe (-2%) verzeichnete der rheinland-pfälzische Maschinenbau beim Vergleich Januar bis Juli 1999 zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mit 8% einen deutlichen Zuwachs, wobei insbesondere beim Auslandsgeschäft ein kräftiges Plus von über 10% erzielt werden konnte. Auch beim Auftragseingang legte der Maschinenbau um fast 3% zu (verarbeitendes Gewerbe insgesamt: -4%). Diese positive Entwicklung resultiert vor allem aus der Inlandsnachfrage (+9%), wohingegen die Nachfrage aus dem Ausland um mehr als 2% gefallen ist.

In Bezug auf die Beschäftigtenentwicklung schnitt der Maschinenbau in Rheinland-Pfalz mit einer Wachstumsrate von 5% ebenfalls deutlich besser ab als der Gesamtbereich des verarbeitenden Gewerbes, der einen geringen Rückgang verzeichnete. Absolut betrachtet erhöhte sich damit die Zahl der Arbeitsplätze im Maschinenbau um nahezu 1 700 Personen.

Mit einem Anteil am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes von rund 10% stellte der Maschinenbau im Juli 1999 in Rheinland-Pfalz die viertgrößte Branche nach der chemischen Industrie (30%), dem Fahrzeugbau (16%) und dem Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung (11%) dar. Der Anteil des Maschinenbaus an den Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes betrug rund 11%. lü

Erstmals wieder deutliche Auftragssteigerung im verarbeitenden Gewerbe

Der Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes zeigte im August 1999 in Rheinland-Pfalz mit einem Plus von 7,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat eine äußerst erfreuliche Tendenz. Wachstumsmotor war dabei vor allem die Inlandsnachfrage (+11,5%).

Die chemische Industrie übte wegen ihrer großen Bedeutung mit einem Zuwachs an Bestellungen um nahezu 150 Mill. DM den stärksten Einfluss auf die Gesamtentwicklung aus. Mit kräftigen Nachfrageimpulsen konnten im Vergleich zum Vorjahr auch die Wirtschaftszweige Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (14,5%) und Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (10,9%) sowie der Fahrzeugbau (10,2%), der im August allein einen Anteil von 16,2% am gesamten Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes einnahm, aufwarten.

Absolut betrachtet verbesserte sich die Bestellsituation des Fahrzeugbaus gegenüber dem Vergleichsmonat um rund 114 Mill. DM, die des Bereichs Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden um gut 56 Mill. DM und die des Papier-, Verlags- und Druckgewerbes um rund 40 Mill. DM. Das verarbeitende Gewerbe insgesamt erreichte im selben Betrachtungszeitraum eine Nachfragesteigerung um nahezu 540 Mill. DM. lü

EU fördert internationale Zusammenarbeit der Statistiker im Herzen Europas

Konferenz in Bad Ems unter Vorsitz von Rheinland-Pfalz

Einvernehmen über die geplanten gemeinsamen Projekte und die Verwendung der Fördermittel der EU konnten die Leiter der statistischen Ämter der europäischen „Großregion“ aus Lothringen, Luxemburg, Wallonien, Saarland und Rheinland-Pfalz bei ihrer Tagung in Bad Ems erzielen. Die Großregion ist heute mit 11 Mill. Menschen ein wichtiges Kerngebiet Europas mit fortschreitenden Austauschbeziehungen von Gütern und Dienstleistungen. Informationen über Lebensstandard, Beschäftigte, Gesundheits- und Sozialwesen und viele andere Bereiche sind im „Europa der Regionen“ unerlässlich.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Sitzung bildeten daher die Beratungen zu den Anforderungen insbesondere von Politik, Verwaltung und Wissenschaft an die Statistik für die Großregion. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Aufbau einer grenzüberschreitenden Datenbank mit Daten vor allem über die soziale und wirtschaftliche Situation in der Großregion. Ein Zugriff auf diese Datenbank sollte ebenso wie künftig auf die im gemeinsamen Jahrbuch enthaltenen Daten über das Internet möglich sein. Ergänzend dazu wurde vorgeschlagen, sich in Zukunft im Rahmen von gemeinsamen Projekten verstärkt auch Untersuchungen über die wirtschaftliche Verflechtung der Unternehmen, den Arbeitsmarkt und das Pendlerverhalten zuzuwenden.

Themen der Besprechung waren im Übrigen die bereits laufenden gemeinsamen Arbeiten, wie das Statistische Jahrbuch, ein Falblatt mit wichtigen Grunddaten über die Großregion, ein monatlicher statistischer Bericht mit Daten zur Konjunktur im verarbeitenden Gewerbe der einzelnen Teilregionen und schließlich das gemeinsame Internetangebot. lx

kurz + aktuell

Tourismusbranche weiter im Aufwind

In den über 4 000 rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres 4,3 Mill. Gäste und 13,4 Mill. Übernachtungen gezählt. Das sind 4,4 bzw. 4,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug unverändert 3,2 Tage. Aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland kamen 895 000 Besucher (+ 4,2%) nach Rheinland-Pfalz. Sie blieben im Durchschnitt drei Tage. Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste stieg um 5,6% auf 2,7 Mill. Das größte Kontingent ausländischer Gäste stellten mit 270 000 (+ 4,4%) die Niederländer.

Auf sie entfielen 1,2 Mill. Übernachtungen (+ 4,5%). Die zweitgrößte Besuchergruppe waren die Belgier (118 000; + 1,7%), für die fast 390 000 Übernachtungen (+ 5,5%) zu verbuchen waren. Auf diese beiden Nationalitäten entfielen damit fast 60% aller rheinland-pfälzischen Ausländerübernachtungen. An dritter Stelle lagen mit etwas mehr als 300 000 Übernachtungen (+ 1,2%) die Urlauber aus Großbritannien und Nordirland (114 000; + 0,4%). Überdurchschnittlich hohe Zuwächse werden unter anderem für Besucher aus asiatischen Ländern gemeldet. So stieg die Zahl der Übernachtungen für Reisende aus China und Hongkong um 51% auf über 10 000, die der Südkoreaner um 78% auf fast 2 000. el

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - September		Veränderung
	1998	1999	
	Mill. DM		
Landessteuern	1 190,2	1 300,4	9,3
Vermögensteuer	33,4	47,8	43,1
Erbschaftsteuer	110,4	245,8	122,5
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	142,9	160,4	12,3
Kraftfahrzeugsteuer	653,8	586,2	- 10,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	159,4	175,4	10,0
Feuerschutzsteuer	22,9	18,5	- 19,3
Biersteuer	67,4	66,4	- 1,4
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	4 836,2	5 384,6	11,3
Lohnsteuer	3 719,7	3 725,0	0,1
Veranlagte Einkommensteuer	- 83,0	78,7	X
Kapitalertragsteuer	559,4	366,8	- 34,4
Zinsabschlag	193,2	193,4	0,1
Körperschaftsteuer	446,9	1 020,8	128,4
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 452,9	3 533,5	2,3
Umsatzsteuer	2 667,9	2 722,3	2,0
Einfuhrumsatzsteuer	785,0	811,2	3,3
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	64,8	57,1	- 12,0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	34,8	27,1	- 22,0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	98,9	87,1	- 12,0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	19,1	21,0	9,8
Insgesamt	9 697,0	10 410,9	7,4

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im September 1999

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Sept. 1998 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,0	0,8
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	100,2	- 1,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	105,7	-
Bekleidung, Schuhe	102,1	0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,6	1,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	0,1
Gesundheitspflege	110,1	- 2,7
Verkehr	109,3	4,3
Nachrichtenübermittlung	87,3	- 10,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,3	- 0,2
Bildungswesen	117,0	4,4
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	105,1	1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	104,4	1,6
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	104,9	0,8
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	104,7	0,8
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	105,3	0,3
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	105,1	0,7

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.